

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Post“

Schreib-Zettel gedruckt von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gerne:

„Tagblatt-Post“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangiergeld. W. 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich für den Postweg. — Bezugs-Beziehungen nehmen an demselben entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Tagblatt-Post“, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Punkten und im Rheingau die betreffenden „Tagblatt-Post“-Träger.

Anzeigen-Preis für die Seite 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Wiesbadener Tagblatt“ und „Wiesbadener Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für kleine Anzeigen; 2 Pfg. für größere Anzeigen. — (Rage, halbe, dritte und vierte Seite, durchgehend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen auf Verlangen Rabatt.)

Anzeigen-Kameras: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr

mittags; für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernbr.: Amt Hlband 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vergeblichen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 27. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 97. — 62. Jahrgang.

Wie war und ist das Zentrum?

Von Geh. Regierungsrat Dr. Heper (Wiesbaden).

Motto: Nichts ist beständig als der Wechsel.

„Das Zentrum soll bleiben, wie es war und ist.“ So lautet der wichtigste Satz in dem „Aufruf des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei“ vom 8. Februar 1914 aus Anlaß der „Verwirrung der Geister, welche einzelne Personen und Verbände anzurichten versuchen.“ — In seinen Anfängen reicht das Zentrum bis ins Frankfurter Parlament zurück, indem sich dort katholische Abgeordnete zu einer „katholischen Partei“ zusammenschlossen und sich als solche u. a. gegen die Wahl des protestantischen Königs von Preußen zum deutschen Kaiser erklärten. Als Fortsetzung dieser Partei kann die 1860 im preussischen Abgeordnetenhaus sich bildende Gruppe katholischer Abgeordneter unter Führung von A. und K. Reichensperger angesehen werden. Wie diese auf Grund des katholischen Bekenntnisses gewählt worden waren, so verpflichteten sie sich, auch bei Neuwahlen nur solche Männer aufzustellen, welche sich der katholischen Gruppe anschließen wollten. Wie weit die am 18. Juli 1870 auf dem Vatikanischen Konzil zu Rom ausgesprochene Unfehlbarkeit des Papstes, wodurch dieser ein von den Konzilien fortan unabhängiger absoluter Herr der Kirche wurde, die Weltanschauung dieser Abgeordneten beeinflusste, läßt sich nicht gut bestimmen. Den ihnen zum Vorwurf gemachten ultramontanen Charakter zeigten sie erst, als nach der Besetzung Roms durch die Italiener A. Reichensperger am 30. März 1871 im Namen der Partei im Reichstag die Erklärung abgab, „daß er dem Heereszug Deutschlands über die Alpen nicht das Wort reden, ihm aber auch durchaus keinen Riegel vorschieben wolle“. Etwas später äußerte sich Windthorst, welcher noch am 17. Juni 1869 an dem „antinfalliblistischen Vatikanpalast“ in Berlin lebhaften Anteil genommen hatte, in seiner freimütigen Weise dahin, daß ein pläubiger Katholik auch ultramontan sein müsse, und in den späteren katholischen Volksversammlungen, welche unter der Leitung von Abgeordneten dieser sich zum Zentrum nennenden Gruppe standen, erhob bald der Ruf, den in brutaler Gefangenenschaft schmachtenden Papst zu befreien und in seine ewigen Rechte einzusetzen. Auch sang man ein Lied mit dem Refrain:

„Wie verlorst du meine Rabbe,
Ja, ich bin Ultramontan!“

und die in solchen Versammlungen ausgebrachten Trinksprüche galten stets in erster Linie dem Papst. In den offiziellen Rundgebungen des Zentrums freilich war man vorsichtiger, und so heißt es in dem Aufruf vom 9. Juni 1871 ganz zahn: „Die Fraktion stellt sich zur Aufgabe, für Aufrechterhaltung und organische Fortbildung verfassungsmäßigen Rechts im allgemeinen und insbesondere für Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen einzutreten.“ Wie dies gemeint war, können wir in einer Rede lesen, welche Freiherr v. Hertling (Februar 1876) in Münster hielt: „Wir müssen auch unsererseits erklären, daß wir alle Unterichtsanstalten für die vornehmsten Objekte des Kampfes halten und schon jetzt als Siegespreis die Befreiung der Schule und des Unterrichts aus der Zwangsgewalt des Staates erlassen müssen.“ —

Während des Krieges gegen Frankreich und der auch in der Folge auf seinen Schultern ruhenden Arbeitslast hatte Bismarck dem Unfehlbarkeitsdogma und seinen Wirkungen trotz der Vorstellungen des Gefand-

ten v. Arnim nur wenig Beachtung geschenkt; bald wurde er aber aufmerksam und übertrug 1872 dem Kultusminister Falk die Aufgabe, die Hoheitsrechte des Staates der katholischen Kirche gegenüber geltend zu machen. Obwohl dieser bedeutende Jurist sich — wie der technische Ausdruck der Verwaltungsbeamten lautet — „in diese ihm fremde Materie hineingearbeitet“ zu haben glaubte und die Annahme seiner sogenannten Maiezele im Reichstag durchsetzte, so gelang es ihm doch nicht, den Widerstand des katholischen Klerus und Volkes zu brechen. Im Gegenteil hatten seine Gesetze sowie der ziemlich gleichzeitige Versuch des gelehrten Dollinger in München, den unfehlbaren Papst und seine Anhänger als „Neukatholiken“ hinstellen und die „Altkatholiken“ in Deutschland um sich zu scharen, vor allem den bleibenden Erfolg, daß das katholische Volk, sein Klerus und das Zentrum zu dem heute noch stolz emporragenden „Zentrumsturm“ zusammengeschweisst wurde. Von diesem Zentrumsturm aus schossen die Abgeordneten im Reichstag und Landtag ihre scharfen Pfeile gegen Falk und Bismarck ab und suchten mit ihren Hilfstruppen: den Welfen, Völen, Französlingen und Sozialdemokraten die Regierungsmaschine ins Stoden zu bringen. Selbst die von Frankreich drohende Gefahr hinderte sie nicht, in der schärfsten Opposition zu verharren. Dort war 1873 der „glorreiche besiegte General“ Mac Mahon auf 7 Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt und die Armees wieder kriegsbereit gemacht. Zum Schutze des Friedens verlangte nun Bismarck im Reichstag die Erhöhung der Friedensstärke des deutschen Heeres auf 402 000 Mann, und zwar entsprechend der Dauer der Präsidentschaft Mac Mahons, auf 7 Jahre (Septennat). Mit den Völen, Dänen, Welfen, Sozialdemokraten und Französlingen stimmte das Zentrum geschlossen dagegen. Allerdings blieb es in der Minderheit. Aber stannen muß man, wie die Führer desselben ihre Leute, unter denen die schärfsten politischen Gegensätze vertreten waren, sicher zusammenzubalten und im Interesse der Parteidisziplin oder der Kirche die radikalsten Radikalen für die reaktionärsten Anträge zu erwärmen wußten. Ob der Zug nach rechts oder links ging, der Turm blieb in sich fest geschlossen und unerwiderlich. Auch die katholischen Wähler folgten den von Klerus und Zentrum gegebenen Weisungen blindlings und stimmten, wie ihnen befohlen war. So kam es, daß die Zahl von Bismarcks Gegnern sich stetig mehrte und ihm auch unter den Liberalen und sogar unter den Konservativen (z. B. Gerlach, Bruel, protestantische Mitglieder des Zentrums) unangenehme Gegner entstanden. Nun hatte der nach dem Tode Pius IX. zum Papst gewählte Leo XIII. gemäßigte Kardinäle ernannt und mit den weltlichen Machthabern wieder persönliche Beziehungen angeknüpft, um über streitige Fragen „eine die Prinzipien unberührt lassende Verständigung“ herbeizuführen. Bismarck andererseits fand für seine neue Zoll- und Wirtschaftspolitik bei der seitherigen Mehrheit des Reichstags nicht das erwünschte Verständnis. Denn man verwechselte in jenen Tagen im Volk vielfach Freihandel mit Freisinn. Da brach Bismarck mit den widerstrebenden Liberalen, ging auf die Verhandlungen mit Leo XIII. ein, trat zu diesem feindiplomatischen Mann in fast freundschaftliche Beziehungen und näherte sich dem Zentrum. Wegen mancherlei Zugeständnisse (Falk nahm den Abschied) erreichte er sein Ziel. Als er aber später eine neue Septennatsvorlage an den Reichstag gelangen ließ, war das Zentrum dagegen, ob-

wohl Leo XIII. an das Zentrum das Verlangen stellen ließ, dafür zu stimmen. Dem päpstlichen Nuntius in München erklärte damals der Vorsitzende des Zentrums Freiherr v. Frankenstein, daß sich das Zentrum in kirchlichen Dingen den Weisungen des Heiligen Stuhles füge. In rein weltlichen Fragen aber das Zentrum zu beeinflussen, würde für dieses und zugleich für den Heiligen Stuhl unangenehme Folgen haben. Interessant ist es für den Laien, daß der päpstliche Staatssekretär Jacobini Herrn v. Frankenstein im Auftrag des Papstes die Antwort zugehen ließ (Januar 1887), daß das Septennat mit Fragen von moralischer und religiöser Bedeutung zusammenhänge. (Die im Westen verammelten Bischöfe haben sich jetzt zur Gewerkschaftsfrage ähnlich geäußert, D. Schriftl.) Daher dürfe das Zentrum, dem als einer politischen Partei volle Handlungsfreiheit eingeräumt sei, die Interessen der Kirche nicht nach eigener Anschauung vertreten. Die Mehrzahl des Zentrums fügte sich nicht, sondern stimmte gegen das Septennat. Soweit erinnerlich, gehörte damals Freiherr v. Schorlemer-Mast, der Vater unseres Landwirtschaftsministers, zur Minderheit, und auch der heute vielgenannte damalige Bischof von Fulda Kopp trat in einem Hirtenbriefe für den „kindlichen Gehorsam“ gegen den Heiligen Vater ein — „unbedingt und unbedingt“.

Es folgten seitdem mannigfaltige Schwankungen des Zentrums für und gegen die Regierung, Annäherungen an die Konservativen, Fortdriftler, Sozialdemokraten und Reichsfeinde. In aller Erinnerung lebt wohl noch das im Dom zu Speyer unter Mitwirkung eines Bischofs zwischen Zentrum und Sozialdemokratie abgeschlossene Wahlbündnis, welches ebenso erfolgreich für das Zentrum wie beschämend für die Sozialdemokratie ausging. — Und nun ist plötzlich alles wieder anders geworden. In dem am Eingang angeführten Aufruf vom 8. Februar 1914 wird von den Zentrumsführern verlangt, daß sie gegen „die staats- und religionsfeindlichen Sozialdemokraten“ einzig bleiben müssen. Ohne daß sich in der Sozialdemokratie etwas gegen früher geändert hat, werden die nun noch kirchlich als Bundesgenossen umworbenen Sozi für die bösesten Vaterlandsfeinde erklärt und die Liberalen geschmäht, die bei den Nachwahlen mit den Sozialdemokraten Wahlbündnisse treffen.

Das ist das Zentrum von heute! Ist es nun wirklich geblieben, wie es war? — Rag das Zentrum es behaupten. Es sei kein Recht! Aber auch wir haben das Recht, anderer Ansicht zu sein; doch in einem werden wir mit dem Zentrum von heute uns frohen Herzens zusammenfinden, in dem, was bei seiner Jubelfeier am 11. Februar 1914 in Berlin die zu Sprechern bestimmten Abgeordneten Dr. Spahn und Gröber in ihren Reden zum kräftigen Ausdruck brachten: „Deutschland, Deutschland über alles!“ So hieß es also einmal wieder jetzt in diesen Tagen in Berlin; freilich — nichts ist beständig als der Wechsel.

Deutsches Reich.

* Eine Konferenz von Praktikern der Reichsversicherungsordnung wird nach dem „Gewerksverein“ vom 27. bis 29. April in Düsseldorf abgehalten werden. Zur Teilnahme berechtigt sein sollen alle an der praktischen Handhabung der Reichsversicherungsordnung interessierten Beamten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden und die Organe der Versicherungsträger. Da also

Ernährung höchster Art. Der Reichstag hörte — und der Reichstag ging ohne Debatte zur Tagesordnung über.

So hatte demnach der Philister gesiegt über den Willen des Genies, und vom Beginn des Jahres 1914 hatte dieser nicht länger Gewalt über den Willen der Masse? Die kleinen und kleinsten im Reiche dachten sich so, aber verflorbene Größe sind noch nicht tot. Heute schon, wenige Wochen nach dem Freiverden des „Parsifal“, steht nach den von überallher einlaufenden Berichten das eine fest, daß die Masse noch lange nicht den in diesem Werke tätigen Willen bezwungen hat, daß dieser Wille vielmehr aussersehen scheint, einen neuen Sieg über die Menschen davonzutragen, der um so gewaltiger ist, als es die Widerstände sind im Vergleich mit denen des Jahres 1882.

Gleich in der ersten Januarwoche haben wir in Berlin zwei verschiedene Auffassungen des Werkes erlebt, die in der Gegenfährlichkeit ihrer Auffassung sowohl wie ihrer Aufnahme als symptomatisch gelten können für die weiteren Schicksale, die aller Voraussicht nach dem Werk beschieden sind.

Das Charlottenburger „Deutsche Opernhaus“ machte den Anfang. Beim Publikum war zu Beginn nicht weniger als bei der Direktion das Bestreben sichtbar, sich ja nichts vor Bayreuth zu vergeben. Versuchsversuche nach dem ersten Akt wurden als ungeschicklich übergezogen. Und trotzdem sollte, was so wie ein Weisheitspiel sich anließ, doch schließlich ausgehen wie eine richtige Berliner Premiere mit allen dazu gehörigen Sensationen. Parsifal und Kundry, Amfortas und

„Parsifals“ Ausfahrt aus Bayreuth.

Von Wilm. Pastor.*)

Der alte Satz, daß große Männer noch lange nach ihrem Tod so persönlich wirken können wie nur irgendein Lebender, hat selten eine so verblüffende Bestätigung erfahren, als in dem noch immer nicht ganz entschiedenen heißen Streit um Richard Wagners „Parsifal“. Ganz Deutschland wurde hineingezogen in die Debatte. Dreißig Jahre nach dem Tode eines Komponisten oder Dichters ist dessen Werk nach deutschem Reichsgesetz „frei“, jeder Verleger darf es nachdrucken, jede Bühne ohne weiteres zur Aufführung bringen. Am 1. Januar dieses Jahres war die Schutzfrist für die Wagnerschen Bühnenwerke abgelaufen und für jeden buchhabenden, fortsetzten Zeitgenossen scheinen die Bedingungen der neuen Lage klipp und klar.

Tatsächlich dachte auch kein Mensch daran, für die Hauptmasse der Wagnerschen Werke irgendwelches Besondere zu verlangen. Eine Ausnahme machte nur das Werk, mit dem Wagner einst von der Welt geschieden war: der „Parsifal“. Für das Haus auf dem Bayreuther Hügel hatte der Meister es geschrieben, für jene Stätte, die ein neues Olympia werden sollte. Kraft seines Willens sollte „Parsifal“ niemals den

Hügel verlassen. Wagner war unerbittlicher als der alte Mohammed, der mit sich handeln ließ, wenn der Berg nicht zu ihm kam. Für ewige Zeiten sollten die Menschen immer nur zum Hügel kommen, niemals aber der Hügel zu den Menschen.

Nun haben wir in Deutschland, wie männiglich bekannt, ein Urheberrecht, und nach diesem Gesetz gibt es für geistige Werke nur eine posthume Schutzfrist von dreißig Jahren. Wagner wollte für eines seiner Werke etwas Besonderes haben? Das war für den wohlberathenen Willensmenschen etwas ganz einfach Ungeheuerliches, etwas schließlichen Lächerliches, über das man sich nicht weiter zu erregen braucht.

Aber die Erregung kam trotzdem, und sie war so allgemein und gleich und direkt wie nur irgend unser selbgepriesenes Wahlrecht. Ein Protestaufruf erging für Bayreuth und gegen das Gesetz. In der Unterschrittenparade zog so ziemlich das ganze geistige Deutschland vorüber. Es war, wie es im Deutschen heißt, eine Demonstration, und die Demonstration war von einer so aufdringlichen Art, daß auch der letzte Philister sie nicht übersehen konnte. Ein richtiges Ausnahmegesetz wurde geplant, eine „Lex Parsifal“. Die Presse kam in Alarm, eine Zeitung behandelte die Tagesblätter das für und wider der geplanten Lex. Die deutschen Fürsten und der Bundesrat schienen nicht abgeneigt zu einem Eingreifen, und ob er wollte oder nicht: der Deutsche Reichstag mußte hören und mußte sich entscheiden. Die Entscheidung freilich, die ihm dann endlich beliebte, war eine

*) Aus der deutschen Exportzeitschrift „Das Echo“, Berlin.

nur Kenner des Stoffes zur Teilnahme eingeladen werden, soll eine theoretische Einführung in längeren Vorträgen nicht stattfinden, vielmehr nur eine Aussprache Gegenstand der Tagung sein. Begründet wird die Veranstaltung mit den einschneidenden Veränderungen, welche die Einführung der Reichsversicherungsordnung mit sich gebracht hat. Die Übergangszeit bis zur völligen Einbürgerung dieses großen gesetzgeberischen Werkes zeitigt eine Fülle von Fragen, die der Klärung bedürfen. Auch die neue Angestelltenversicherung hat so erhebliche Schwierigkeiten in ihrer Durchführung mit sich gebracht, daß eine Aussprache wünschenswert erscheint. Der „Gewerkverein“ fügt der Nachricht hinzu: „Deshalb kann auch der Plan nur gebilligt werden. Es fragt sich nur, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, auch andere Männer der Erfahrung, die mit der Reichsversicherungsordnung viel zu tun haben, wie die Arbeitersekretäre, mit hinzuzuziehen.“

* Eine amtliche Warnung vor wertlosen Diplomen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „In neuerer Zeit wird in Deutschland Handel mit völlig wertlosen Diplomen einer „Académie Internationale des Arts, Sciences et Lettres“ in Toulouse getrieben. Die Seele des Unternehmens ist ein „Docteur Péris consul“, der aber weder befugt ist, den Dokortitel zu führen, noch auch Konful ist. Er ist wegen Betrugs bereits mit Gefängnis bestraft. In Deutschland wirkt für die Akademie unter den verschiedensten Bezeichnungen und Adressen ein gewisser Dr. Arthur Weil. — Vor dem fragwürdigen Unternehmen kann nur gewarnt werden.“

et. Der Zentralverein für deutsche Binnen-Schiffahrt trat am Mittwochabend in Berlin unter dem Vorsitz des Geheimrats Professor Flamm (Charlottenburg) zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Als Vertreter des Handelsministeriums war Geh. Oberregierungsrat v. Meyer erschienen, für den Minister der öffentlichen Arbeiten Geh. Rat Schimpfer. Unter den Anwesenden befand sich auch der Reichstagsabgeordnete Baffermann. Nachdem der Vorsitzende die erschienenen willkommen geheißen, erstattete der Geschäftsführer Dr. Grotewold (Berlin) den Geschäftsbericht, in dem es heißt: „Im großen und ganzen war die Lage der Binnen-Schiffahrt infolge nicht unbefriedigend, als das Jahr 1913 besonders empfindliche Störungen durch Elementarereignisse nicht gebracht hat. Der Streik der Schiffsmannschaften, der namentlich auf der Elbe, der Oder und den märkischen Wasserstraßen zur Zeit der Schiffsfahrtsöffnung einige Wochen den Betrieb erschwerte, wenn auch nicht völlig lahmlegte, hat naturgemäß unangenehme Wirkungen auf die Erträge der Schiffahrt ausgeübt, wenn er auch in einer den Arbeitgebern günstigen Weise endete.“ Der Bericht erwähnt dann die Erledigung des Wassergesetzes und des Gesetzes über die Einführung des staatlichen Schleppmonopols auf dem Rhein-Hannover-Kanal. Was letzteres anlangt, so wird zurzeit noch über die Gestaltung der Schleppordnung und der Tarife auf den neuen Wasserstraßen verhandelt. Nach allem, was darüber verlautet, sind die Interessen von den ersten Entwürfen nur wenig befriedigt. Der Bericht geht dann auf interne Angelegenheiten des Zentralvereins ein. — Nach der Vornahme von Wahlen und der Erledigung anderer geschäftlicher Fragen hielt Oberbaurat Hermann (Essen) einen Bildbildevortrag über „Bau und Betrieb des Rhein-Weser-Kanals“. — An die Hauptversammlung schloß sich ein Festmahl.

— Australien und Deutschland. Der Eisenbahnkommissar des Staates Neu-Süd-Wales wird demnächst in Deutschland aufreisen, um mit einheimischen Handels- und Industriekreisen wegen Förderung der handelspolitischen Interessen Fühlung zu nehmen.

Parlamentarisches.

Das Programm des preussischen Abgeordnetenhauses. Der Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses ist nach den bisherigen Dispositionen folgender: Nach Erledigung des Bauetats wird man zunächst den Handelsetat in Angriff nehmen. Etwa am 1. April, eventuell schon am 31. März, werden die Osterferien beginnen. Die Regierung und die Rechtsparteien wollen die Vertagung bis zum Herbst bereits vor Pfingsten eintreten lassen. Ob dies gelingen wird, erscheint aber zweifelhaft, da immer noch ein großer Arbeitsstoff vorliegt. Daß das Vorzettelgesetz noch in dieser Session zur Beratung kommen wird, ist nicht wahrscheinlich.

Eine Abänderung des bisherigen Steuereinschätzungsverfahrens fordert ein Zentrumsantrag v. Strombeck im Abgeordnetenhaus. Danach sollen 1. die gesamten Einnahmen der physischen Personen nach dem Ergebnisse des dem bevorstehenden Steuerjahr unmittelbar vorangegangenen Kalender- oder Wirtschaftsjahres und in den Fällen des § 9 Ziffer 3 und 4 (Geschäftsgewinne und -verluste aus Handel, Gewerbe und Bergbau) wie bisher zunächst nach dem Durchschnitt des Ergebnisses mehrerer Jahre zur Einkommensteuer veranlagt werden, und zwar ohne Rücksicht auf den Fortbestand der be-

treffenden Einkommensquellen beim Beginn des Steuerjahres (1. April). 2. So weit zurzeit der Veranlagung das tatsächliche Ergebnis des Vorjahres noch nicht festzustellen ist, ist der mutmaßliche Betrag des Vorjahres in Ansatz zu bringen. 3. Die Veranlagung nach dem Einkommen des Steuerjahres ist auf die Fälle zu beschränken, in welchen die Veranlagung nach dem Ergebnis des Vorjahres aus tatsächlichen oder tatsächlichen Gründen nicht durchführbar ist. In diesen Fällen sind auch die Einnahmen aus solchen Einkommensquellen, hinsichtlich deren zurzeit der Veranlagung feststeht, daß sie im Laufe des bevorstehenden Steuerjahres dem Steuerpflichtigen zufließen werden, zur Einkommensteuer zu veranlagern. 4. Änderungen, welche in dem bei der Veranlagung vorausgesetzten steuerpflichtigen Einkommen bis zum Beginn des Steuerjahres eintreten, können bis zur erfolgten Veranlagung durch Nachträge zur Steuererklärung und später im Rechtsmittelwege geltend gemacht werden. 5. Die Grundzüge unter Ziffer 1 bis 4 gelten auch für die Berechnung der zulässigen Abzüge. 6. Eine Erweiterung des Kreises der steuerpflichtigen Einkommen über die bisherigen Bestimmungen hinaus ist ausgeschlossen.

Heer und Flotte.

— Besuch des Kaisers im Landwehrregiment. Am 28. Februar wird der Kaiser, wie dies alljährlich einmal der Fall ist, dem Landwehrregiment einen Besuch abstatten. Es findet zunächst eine Theatervorstellung statt, von Offizieren des Verurlaubtenstandes gespielt, und dieser folgt ein gemeinsames Abendessen mit anschließendem Bierabend.

Deutsche Schutzgebiete.

+ Die Finanzlage Togos. Im Schutzgebiet Togo weisen, wie die „N. pol. Korresp.“ mitteilt, die Einnahmen aus den Verkehrsanlagen (Bahnen und Landungsbrücken) in den ersten acht Monaten des laufenden Rechnungsjahres einen nicht unerheblichen Rückgang gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres auf. In der Zeit vom 1. April bis 30. November 1913 betrugen die Einnahmen aus den Verkehrsanlagen 788 717 M., im gleichen Zeitraum des Vorjahres 838 199 M., so daß sich eine Mindereinnahme von 69 482 M. ergibt. Der Rückgang betrifft die Bahnen, und zwar ergaben sich Mindereinnahmen beim Personenverkehr um 12 500 M., beim Gepäck- und Frachtverkehr um 11 888 M., beim Güterverkehr um 51 008 M., bei den Nebengebühren um 1548 M., insgesamt 78 685 M.

DKG. Taifunverheerungen auf Noto. Ein Taifun hatte Mitte November unsere Marianen-Inseln heimgesucht und zwei schlimme Stunden lang besonders auf der Insel Noto viel Schaden verursacht. Das ganze Unwetter währte 36 Stunden und zwang die Eingeborenen, während dieser Zeit sich in den Höhlen aufzuhalten. Der Orkan hat beinahe sämtliche Eingeborenenhäuser zerstört, das Haus der Regierung abgedeckt und unter dem Inventar viel Schaden angerichtet. Natürlich sind auch die Kokospalmen beschädigt worden, und unter den Eingeborenen herrschte Mangel an Nahrungsmitteln und Tabak, der aber wohl inzwischen behoben sein dürfte.

Ausland.

Osterreich-Ungarn.

Die epirische Bewegung in Albanien. Wien, 26. Febr. Der Athener Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ hatte eine Unterredung mit dem griechischen Minister des Äußern Streit, welcher sich über die Aktion Zographos äußerte, daß die Bemühungen der griechischen Regierung, Zographos, den Leiter der epirischen Bewegung, vor überreichten Schritten abzuhalten, nicht zu dem gewünschten Erfolg führten. Die griechische Regierung glaube noch immer, daß nach Annahme ihrer Forderungen bezüglich der religiösen Freiheiten für Albanien die einverleibte griechische Bevölkerung in ihrem Widerstand gegen die albanische Annexion nachlassen werde.

Niederlande.

Vorbereitungen zur Haager Friedenskonferenz. Haag, 25. Febr. Die Regierung der Vereinigten Staaten machte außer England auch den Niederlanden einen Vorschlag, betreffend die Bildung eines internationalen Komitees zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der dritten Haager Friedenskonferenz.

Belgien.

Rückwirkungen des französischen Bergarbeiterstreiks. Brüssel, 26. Febr. Der französische Bergarbeiterstreik übt auch einen starken Rückstoß auf die belgische Kohlenindustrie aus. Viele Bergleute wandern von Frankreich nach Belgien ein und finden sofort Arbeit. Eine große Anzahl Arbeiter, die in den französischen Grenzgebieten tätig sind, wohnt in Belgien. Diese haben nun ihre bisherigen Arbeitsstellen verlassen und sind auch bei belgischen Zechen eingetreten. Belgische Kohle wird jetzt viel von französischen Firmen bezogen. Die Zechen beklagen sich jedoch, daß sie in-

folge des Eisenbahnwagenmangels in Belgien arg in der Ausfuhr behindert sind.

Rußland.

Geheime Vorbereitungen, betr. den deutsch-russischen Handelsvertrag. Petersburg, 25. Febr. Das Landwirtschaftsministerium arbeitet, nach dem „Russkoe Slovo“, einen strengen Geheimentwurf aus. Die Vorbereitungen des Handelsvertrages mit Deutschland sind dem Handelsministerium möglichst zu entziehen, welches, nach dem Landwirtschaftsministerium, die Vorarbeiten in falsche Bahnen gelenkt habe. Die Interessen der Industrie seien jetzt zu einseitig vertreten. Auch sei die Geheimhaltung der Absichten der russischen Regierung durch die Heranziehung nichtstaatlicher Organisationen gefährdet. Es wird als zweckmäßig die Einrichtung einer besonderen, keinem Ministerium unterstehenden Behörde, die nur aus Beamten bestehen darf, betrachtet. Als Vorsitzender dieser Behörde ist Graf Witte, besides wohl auch wegen seiner Erfahrungen als Unterhändler bei dem letzten Handelsvertrag, in Aussicht genommen.

Majestätsbeleidigung durch Soldaten. Wilna, 26. Febr. Das hiesige Militärbezirksgericht verurteilte den Gemeinen Antonow wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Jahren Zwangsarbeit. Eine so schwere Strafe wegen Majestätsbeleidigung steht einzig da und erregt in allen Bevölkerungskreisen den lebhaftesten Unwillen. Wie verlautet, sind die Militärbehörden bestrebt, durch drastische Strafen umstürzlerische Ideen im Heere zu erstickten.

Die Maßnahmen zum Jodelschuß. Petropawlowsk (Kamtschatka), 25. Febr. Die vom Gouverneur abgeschickte Expedition zur Verhinderung unberechtigter Jodelschüsse nach Lösung ihrer Aufgabe hierher zurückgekehrt. Sie hat mehrere Gesellschaften von Jodelschützen festgenommen und ihnen Waffen und Jelte abgenommen. Sie entdeckte unterwegs vier warme Quellen und beobachtete Ausbrüche der Vulkane Rupenowski und Verzozowski.

Balkanstaaten.

Der österreichische Gesandte am albanischen Hofe. Wien, 25. Febr. Der österreichisch-ungarische Botschaftsrat in Konstantinopel Doementhal von Linas wurde zum Gesandten am albanischen Hofe ernannt.

Südamerika.

Unruhen im Nordosten Brasiliens. Rio de Janeiro, 26. Febr. Die Unruhen im Staate Ceara dauern fort. Nach Blättermeldungen fand bei Siriguacalmon ein Kampf statt. Die Regierungstruppen schlugen mit einem Verlust von 15 Toten die Aufständischen in die Flucht, die 100 Tote auf dem Platz liegen.

Luftfahrt.

Abfällige Beschädigung eines Flugzeuges. Mailand, 25. Febr. Das hiesige Gericht wird heute sein Urteil in einer Sache abzugeben haben, die vor einiger Zeit großes Aufsehen erregte. Der italienische Flieger Dalmistro hatte vor einigen Wochen von dem bekannten französischen Flieger für 24 000 Franken einen Apparat gekauft, der eigens zur Ausführung der bekannten Begoud-Flugkunststücke bestimmt war. In der Nacht vor dem ersten Aufstieg des Fliegers entdeckte der deutsche Mechaniker desselben, daß ein unerhörtes Sabotageakt verübt war. Das Benzinzuführungsrohr war in so ungeschicklicher Weise beschädigt worden, daß der Motor unbedingt hätte zu arbeiten aufhören müssen, und zwar in dem Augenblick, wo der Flieger mit dem Kopf nach unten geflogen wäre. Mehrere Mechaniker wurden unter der Beschuldigung, den Apparat beschädigt zu haben, verhaftet.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Die Rauchplage auf dem Rhein. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat als Chef der Rheinstrombauverwaltung eine Bekanntmachung für die Rheinschiffahrt erlassen, in der darauf hingewiesen wird, daß der Dampfessel-Überwachsungsverein in Duisburg, dem die meisten deutschen Dampfschiffe angehören, sich bereit erklärt hat, kleineren Reedereien unentgeltlich einen Leuchtkegel für längere Fahrten zur Verfügung zu stellen, welche den Besitzern der Dampfer auf der Fahrt Anleitung geben sollen, mit welchen Mitteln eine rauchschwache Feuerung zu erzielen ist. Ferner wird darauf hingewiesen, daß der Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrt-Interessen ein Merkblatt herausgegeben hat, das in kurzen Worten die Mittel erwähnt, die beim Feuern der Dampfessel zur Verminderung des Rauchs anzuwenden sind. Das Merkblatt ist für einen geringen Preis in Plakatform auch an der Schiffsbörse in Aukroft zu erhalten. Es ist zu erwarten, bemerkt dazu die „N. N. Ztg.“, daß von den bekanntgegebenen Mitteln zur Unterdrückung der Rauchplage

hat wie Andacht. Eine würdige Parfissal darbietet darf nicht zu lautem Beifall führen, sondern nur zu einem stillen Ergriffenheit. Hier war es erreicht. Was zu einem Grade erreicht, daß sogar — das ging selbst über Wahren hinaus — am Schluß kein weltlicher Rärm die Luft erschüttern mochte, die noch erfüllt war von den weihelichen Klängen.

Hehre Stimmungen werden durch die allzu häufige Wiederholung leicht profaniert. Giffen handelt entsprechend. Nach einer Reihe von Vorstellungen wird der „Parfissal“ von der Opernbühne verschwinden, um erst in der Kammer wieder zu erscheinen. Und mit dieser Entscheidung von äußerster Wichtigkeit ist dem Werke eine Zukunft erschlossen, die seiner und seines Schöpfers wohl würdig ist.

Nach einer nur kurzen Irrfahrt durch die weite Welt, hatten die ersten Propheten gefunden, werde „Parfissal“ wieder zurückkehren zum Hügel, als der einzigen für ihn möglichen Stätte. Wäre es wirklich so geworden, er wäre heimgekehrt halb wie ein verlornener Sohn, der die Welt nicht gewinnen konnte. Rein, nicht als verlornener Sohn, sondern als der herrliche Ritter des Graus wird er der Welt den Rücken kehren. Wenn er bald auch in den großen Städten sich zurückzieht in die weiheliche Stille geistlicher Festtage, dann hat er die alte Einsamkeit als Sieger wiedergefunden. Ein neues, ein weiteres Wahren wird sich ihm damit erschließen. Und zum andern Male trägt dann der Wille des Genies, trägt die Kraft eines Eingigen, der nur gestorben, aber noch nicht tot ist, den Sieg davon über das Scherbenge-richt der Rasse.

Barnemann konnten zu so und so viel Malen ihre Verbeugung vor den Berlinern machen, und durch Zurufe gab man dem Kapellmeister kund, daß auch er und die Seinen sich vorzüglich gehalten. Es war, wie man so sagt, ein großer Erfolg.

Die Kritik erging sich in heftigen Vergleichen mit Wagner. Es ließe nichts, dieses Werk könne nun einmal nicht die ganz besonderen Bedingungen enthalten, für die es geschaffen sei. Das Gesetz habe den „Parfissal“ hinausgestoßen auf die Wandschaft, und nun werde er sich draußen wohl eine Weile wie ein vagabundierender Ritter herumtreiben, um schließlich doch, wenn die Menschen seiner müde wurden, wieder zurückzukehren zum alten Heim auf dem Hügel.

Raum waren die Freunde und Feinde Wagner's in dieser resignierten Stimmung sich einig geworden, als wir hier die zweite Parfissalvorstellung erlebten. Die „Königliche Oper“, die von vornherein auf jedes Wettrennen verzichtet hatte, kam am 5. Januar mit ihrer Inszenierung heraus. In dieser Inszenierung aber gelang dem Intendanten Hülsen der Nachweis durch die Tat, daß das fehlende Wahren auch an anderen Orten sehr wohl durch rein künstlerische Mittel ergänzt werden könne. Diese Tat ist künstlerisch und auch allgemein menschlich von einer solchen Bedeutung, daß man ihrer schon ein wenig ausführlicher gedenken muß.

Ein neues Haus meinte man zu betreten. Wie Parfissal heiliger Speer Welten versinken und Welten erheben lassen kann, war hier ein fürstlicher Prunkbau gewandelt in eine weiheliche Tempelstätte. Ein weiler, feierlicher Bogen

Nage erhoben. Sechzehn Zeugen sind geladen. — 25. Febr. Im Fortgang der heutigen Verhandlung gegen den Streikbrecher Paul Keiling, der bekanntlich den Maschinenmeister Solinger bei einem Streikzug erschossen hatte, gab es heute eine lebhafteste Kontroverse, da die Zeugen bekundeten, daß Keiling, ohne angegriffen worden zu sein, den verhängnisvollen Schuß auf Solinger abgegeben habe. Trotzdem blieb der Angeklagte dabei, daß sich der Revolver in einem Handgemenge, in das ihn Solinger verwickelte, plötzlich entladen habe. Der Urteilspruch wird im Laufe des morgigen Tages erwartet.

Sport und Spiel.

Pferderennen.

* Anteuil, 26. Febr. Prix du Champs de Mars. 3000 Fr. 1. Comte P. du Verdiers Rosette (Raisonable), 2. Gay Centre, 3. Le Jaune. 69:10; 28, 48, 37:10. — Prix Saint-Priest. 5000 Fr. 1. E. Hardoruns La Topaze (Riolfo), 2. Le Syntemier, 3. Siva 2. 30:10; 13, 14:10. — Prix Arthur O'Connor. 10 000 Fr. 1. James Hennessy Le Mont St. Michel (Carter), 2. Verdignil, 3. Le Morvan. 34:10; 32, 44:10. — Prix Lufignan. 4000 Fr. 1. Mr. Joels Prince de Normandie (Powers), 2. Cayote, 3. Molette. 28:10. — Prix de la Croix-Dauphine. 5000 Fr. 1. H. Henriques Chatelborg (Verteaux), 2. Saint Marcet, 3. Tonelle 2. 17:10; 11, 12:10. — Prix des Anemones. 4000 Fr. 1. A. Veil-Picards Annibal 7 (Parlement), 2. Regendante, 3. Saint Ousole. 18:10, 13, 15:10.

* Auf der Erbenheimer Rennbahn haben die Trainer jetzt wieder mit der regulären Canterarbeit ihrer Pferde begonnen. sr. Berliner Rennverein. Auf der Generalversammlung des Unionklubs folgte am Mittwoch im Hotel „Eplanade“ die des Berliner Rennvereins, unter dessen Leitung die Grunewald-Rennbahn steht. Den Vorsitz führte der Präsident Hans Heinrich Fürst v. Pleß. Aus dem Verwaltungsbericht geht hervor, daß der Abschluß des letzten Jahres wieder ein günstiger war, so daß sich ein Bild fortschreitender Entwicklung der Rennbahn ergibt. An Eintritten wurden 964 198 M. gegen 836 153 M. im Vorjahre verzeichnet, und der Totalisatorüberschuß ist von 768 259 M. auf 879 677 M. gestiegen. An Einsätzen und Neugeldern wurden 288 390 M. gegen 267 482 M. eingenommen. Am Stadionbau ist der Berliner Rennverein mit 800 000 M. beteiligt. Die Ausgaben für Züchterprämien liegen im Verhältnis zu den gegebenen Preisen (1 216 590 M. gegen 1 134 620 M. für 1912) auf 42 850 M. Trotz erheblicher Ausgaben bleibt ein Überschuß von 62 930 M. übrig, wodurch sich das Kapitalkonto auf 178 953,87 M. erhöht. Der Etat für 1914 liegt 1 275 000 M. an Rennpreisen vor. Für Züchterprämien wurden 150 000 M. für Züchterprämien 45 000 M. und für Ehrenpreise 20 000 M. ausgezahlt.

Neues aus aller Welt.

Großfeuer am Berliner Bahnhof Alexanderplatz, Berlin. 25. Febr. Ein Großfeuer, das mehrere Familien in Lebensgefahr brachte, hat heute nachmittag in der Wanoamstraße 2 am Bahnhof Alexanderplatz aus Ausbruch. Der Brand entstand in einem umfänglichen Lagerhaus der Schall- und Plattenfabrik von Louis Fichtenthal (Inhaber Adolf Fichtenthal) und dehnte sich mit ungewöhnlicher Schnelligkeit auf den ganzen ersten Stock des Quergebäudes aus. Gleichzeitig entwickelte sich so starker Rauch, daß in wenigen Minuten der enge Hof mit erstickendem Qualm vollkommen angefüllt war. Noch ehe die Feuerwehre anrückte, waren auch schon die Treppen und einige Wohnungen stark verqualmt, so daß unter den Mietern eine große Aufregung entstand. Die Rauchentwicklung wurde von Minute zu Minute stärker. Im ganzen wurden zwölf Personen, Erwachsene und Kinder, von der Feuerwehre in Sicherheit gebracht. Verletzt ist von den Vertriebenen niemand. Hand in Hand mit dieser Rettungsaktion ging die Abkämpfung des gefährlichen Brandes. Das Lager der Firma Fichtenthal ist, soweit es im Quergebäude untergebracht war, vollständig zerstört worden.

Die Boden. Würzburg. 26. Febr. Hier sind neue Bodenkrankheiten vorgekommen. Zuerst erkrankte ein Spanier, der sofort in das Krankenhaus übergeführt wurde, wo er eine Wärrerin ansteckte. Daraufhin wurden sämtliche Wärrerinnen der Schwabacher-Inspektion unterzogen. Inwieweit sind neue Bodenfälle festgestellt worden, und der Magistrat von Würzburg empfiehlt der ganzen Einwohnerschaft, sich impfen zu lassen. — München, 26. Febr. Ein Deutsch-Amerikaner, der an den Boden erkrankt ist, wurde in das Schwabinger Krankenhaus eingeliefert. Er war in einem hiesigen Hotel abgeblieben, in dem vor einigen Tagen der Spanier übernachtet hatte, der nach Würzburg weiterreiste und dort an den Boden erkrankte. Es wurden die strengsten Maßnahmen getroffen, um eine epidemische Verbreitung der Krankheit zu verhindern.

Vom Fastnachtball in den Tod. Bochum. 25. Febr. Der in der Rottrasse wohnende Kreiser Johann Jodel war heute früh von einem Fastnachtball heimgekehrt und hatte sich mit einer brennenden Laterne ins Bett gelegt, wodurch ein Zimmerbrand verursacht wurde. Als nach mehreren Stunden Jodel noch nicht aus dem Zimmer zurückgekehrt war, wurde der Nachbar durch den starken Brandgeruch aufmerksam gemacht und wurde, die Feuerwehre holten und in das Zimmer eintraten, war der Mann in dem verqualmten Zimmer erstickt.

Ein verhängnisvoller Sprengstoff. Olpe (Mbein). 26. Febr. Bei dem Bau des Olpe-Weinertages wurden durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengstoff zwei Arbeiter getötet und ein dritter verletzt. Die Verletzten wurden durch die Gewalt der Explosion 60 Meter weit geschleudert und fürchterlich zugerichtet. Bis jetzt hat der Wobau, der vor einem halben Jahr in Angriff genommen wurde, sechs Arbeitern das Leben gekostet.

Eine Familientragödie. Berlin. 26. Febr. Der 48-jährige Wermeister Kadevahl gab vorgestern seinen beiden Kindern Morphin und versuchte seine Frau und sich selbst auf die gleiche Weise zu töten. Das Motiv der Tat ist unerfindlich. Man nimmt an, daß Kadevahl plötzlich von Geistesgeistes befallen wurde.

Todesurteil eines Schutzeinfuhrgelehrten. Berlin. 25. Febr. Heute vormittag wurde der Schutzeinfuhrgelehrte Wenderland, ein junger Schwede, vom Dache eines Hauses in der Neuenburgerstraße auf den Hof und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf im Krankenhaus verstarb.

Ein Briefträger unter dem Verdacht des vierfachen Mordversuchs verhaftet. Berlin. 25. Febr. Unter dem jähren Verdacht, verflucht zu haben, seine Frau und seine drei Kinder durch Vergiftung zu vergiften, wurde gestern der Postbote Thibault in Schmagendorf verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Der Tod im Ballsaal. Dirschberg. 26. Febr. Beim Maskenball im Saal des Dirschberg wurde in Dirschberg bei Gelbesande der 65 Jahre alte Kutscher Karl Vorowski, mitten im Tanz mit einem Boden und blieb leblos liegen. Die übrigen Teilnehmer des Maskenballes glaubten anfangs an einen Scherz und trugen den Vorowski im Saal herum. Schließlich wurde es ihnen aber doch unheimlich; sie entfernten die Leiche und haben nun eine Leiche vor sich. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß der Tänzer einem Herzschlag erlegen war.

Wüste Schlägerei. Groß-Mohre. 26. Febr. In der Nacht zum Mittwoch kam es hier zu einer wüsten Schlägerei zwischen Deutschen und Italienern. Dabei wurde ein Deutscher so schwer verletzt, daß er heute morgen gestorben ist. Ein anderer liegt schwer verletzt darnieder.

Der „Bauernschreck“ auf Reisen. Graz. 26. Febr. Während vor etwa 10 Tagen der Bauernschreck noch in der Gegend von St. Paul in Mähren geschloht wurde, treffen jetzt aus der Gegend von Marburg Nachrichten ein, die auf das Vorhandensein des Mäntlers an den Wäldern des Bodrud schließen lassen. So wurden am 13. d. M. in der Gemeinde Heilbrunn bei Marburg 11 Schafe getötet. Tags darauf wurde das Tier bei einer Neuthe gesehen, wo es am 15. d. M. ein Lamm und zwei Ziegen zerriss. Trotzdem sofort nach den ersten Meldungen auf das Mäntlerjagd gemacht wurde, verließ die Aktion vollständig ergebnislos, da das Tier sich hauptsächlich in die wilderflückten Teile des Bodrud zurückgezogen haben dürfte, wobei bei den herrschenden Schneeverhältnissen ein Vordringen nicht leicht möglich war. Bei einer am 17. d. M. vom Graf Aernoldischen Gutsdirektor Stolz vorgenommenen Treibjagd konnte die frische Fährte des „Bauernschreck“ deutlich konstatiert werden. Auf Grund der aus der Umgebung von Marburg einetrossenen Nachrichten hat sich die Regierung veranlaßt gefühlt, den kaiserlichen Jagdschutzbereich mit der Einleitung einer Aktion zu betonen, welche den Zweck hat, den „Bauernschreck“ nach vor der Schneeschmelze aufzufinden und zu erlegen. Der Jagdschutzbereich fordert nun in einem Rundschreiben die Jagdleitungen mit dem Ersuchen, auf Jäger zu stellen. Er glaubt, mit etwa 40 Jägern sein Ziel erreichen zu können. In den vom „Bauernschreck“ bedrohten Gebieten wurden starke Wachenposten abgestellt und die Schulen gesperrt.

Den albanischen Räubern verschleppt. Wien. 26. Febr. Aus Gessen wird gemeldet: Zwei amerikanische Reisende, die Gessen besuchten, wurden von Räubern ergriffen und verschleppt. Man glaubt, daß der überfall von Feinden des Gouverneurs Saffi Balcha angeht, wurde, um ihn bei der Grenzbestimmungskommission aus kompromittieren.

Vergewaltigung eines ausgebreiteten Buchdruckers. Prag. 26. Febr. Der nach schwerer Mühe belagerte Buchdrucker Josef nachträglich ein Opfer gefordert. Der Seher einer hiesigen Zeitung, namens Kadev, ein 54-jähriger Mann, wurde nach Vergewaltigung des Ausstehens in der Druckerei, in der er bisher beschäftigt war, nicht wieder angenommen. In einem Anfall von Verzweiflung hat er gestern in seiner Wohnung zuerst seine 19-jährige Tochter durch einen Schuß schwer verletzt und dann sich selbst getötet.

Ein Orbnungswindsturm. Paris. 26. Febr. Einer ausgebreiteten Orbnungswindsturm ist, wie der Vertreter der Telegraphenunion erzählt, die Polizei auf die Spur gekommen. In die Betrügereien sind mehrere bekannte Berliner Persönlichkeiten verwickelt. Es handelt sich vor allem um einen gewissen Moser aus Berlin, der hier in Begleitung einer Salzwand in der Rue d'Orléans abgeblieben war, und zwar als Baron Moser und Frau, Kammerherr des Papstes. In dieser fingierten Eigenschaft fand er eine Anzahl Leichtgläubiger, denen er für schwere Geld Orbnung, und sonstige Auszeichnungen verkaufte. Er und seine Begleiter wurden in aller Stille verhaftet, ebenso mit ihnen ein gewisser Branco, eine in Berliner Cafés bekannten wohlhabende Persönlichkeit, die unter dem Verdacht der Mittäterschaft steht. Es verlautet, daß noch eine große Reihe weiterer Verhaftungen bevorsteht. Die Schuls Brancos sowie der Freundin Mosers ist noch nicht erwiesen. Die Untersuchung der Polizei wird mit großer Eile durchgeführt und dürfte in den nächsten Tagen noch einige Überführungen zeitigen. Moser ging täglich auf den Pariser Boulevards in goldstrebender Phantasie-Uniform spazieren.

Ein schwerer Straßenbahnunfall. London. 26. Febr. Trotz der strengen Vorschriften, die bezüglich des Befahrens des bei Anordnungsarbeiten in Mandatser legaten provisorischen Schienenweges erlassen wurden, fuhr gestern der Führer eines Motorwagens in übermäßig schnellem Tempo durch eine Kurve des provisorischen Weises. Der schwere Wagen sprang aus den Schienen, klappte um und wurde vollständig zertrümmert. Es befanden sich in ihm etwa 30 Personen, die sämtlich durch Glaskücher verletzt wurden. Einige Passagiere kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Deutscher Reichstag.

Reichseisenbahnamt und Reichseisenbahn.

S. Berlin, 26. Febr. (Via. Drahtbericht) Die Besprechung des Reichseisenbahnamts füllte auch noch fast die ganze heutige Sitzung aus. Wiederrum stand im Vordergrund die Schaffung einer Reichseisenbahngemeinschaft, die von den verschiedensten Seiten befürwortet wurde. Der nationalliberale Abgeordnete List hielt es wenigstens für nötig, neben der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, die man ruhig bestehen lassen könnte, die süddeutschen Bahnen als Reichseisenbahnen auszugestalten. Im übrigen gab es auch heute dieselben Klagen, wie gestern. Namentlich auch über den Wagenmangel. Der Zentrumsabgeordnete Pfeiffer trat energisch für die Einführung von Schlafwagen dritter Klasse ein. Der bayerische Zentrumsmann Schirmer war eigentlich der einzige, der sich gegen Reichseisenbahnen aussprach. Er will sich und seinen Landsleuten nicht auch die Eisenbahnen noch „verbreuen“ lassen, während der konservative Herr Dr. Hertel sich ausnahmsweise gegen eine Verpreuung ausspricht. Daß in Bayern das Rauchen erlaubt ist, findet er vorbildlich.

Nachdem man den Etat des Reichseisenbahnamts dann glücklich verabschiedet hatte, begann man die Debatte über die Reichseisenbahnen, deren Chef bekanntlich der preussische Eisenbahnminister v. Preitenbach ist. Er hatte kaum Platz genommen, als er auch schon das Ziel heftiger Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Fuchs wurde, der die persönliche Union zwischen den preussischen und den reichsständischen Eisenbahnen grundsätzlich verwirft und den preussischen Geist, den er überall und überall auch in der reichsständischen Eisenbahnverwaltung findet, so grimmig beschuldigt, daß er sich selbst bei dieser nächster Materie einen Ordnungsruf zuzog. Ebenso ausführlich ließ sich dann der nationalliberale Abgeordnete Schwabach aus über Arbeiterverhältnisse und Ar-

beiterrechte. Gegenüber dem sozialdemokratischen Redner, dem offenbar für Elbfah-Vorbringen Bandeseisenbahnen lieber wären als Reichseisenbahnen, führte Minister v. Preitenbach aus, daß das Reichsland auch wirtschaftlich mit der jetzigen Verwaltung sehr gut fahre.

Sitzungsbericht.

Eiaener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“.

Berlin, 26. Februar.

Am Bundesratsitz: Präsident des Reichseisenbahnamts Waderjapp. Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1.17 Uhr.

Die zweite Beratung zum

Etat für das Reichseisenbahnamt

wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Präsidenten“.

Abg. Stolle (Soz.): Ich bitte den Herrn Präsidenten des Reichseisenbahnamts, uns über die Erfolge der Konferenz Mitteilung zu machen, die sich mit dem internationalen Güter- und Personenverkehr beschäftigt hat. Durch den preussisch-sächsischen Eisenbahnkrieg werden nicht nur die Interessen von Handel und Industrie in Sachien geschädigt, sondern auch die dort beschäftigten Arbeiter. Deutschland hat viel zu wenig Wagen, als daß es seinen Güterverkehr derartig rentabel machen könnte, wie es in England der Fall ist. Um den nötigen Druck auf die einzelnen Eisenbahnverwaltungen ausüben zu können, müssen die Bedürfnisse des Reichseisenbahnamts ganz anders ausgestaltet werden, als sie jetzt sind. Die Behandlung der Eisenbahnbeamten läßt viel zu wünschen übrig.

Die Arbeitszeit muß einheitlich geregelt werden und falsche Sparsamkeit muß unter allen Umständen verhindert werden.

Das Reichseisenbahnamt sollte alles tun, um die Sicherheit des Betriebes zu erhöhen. Die Eisenbahnarbeiter haben alles Recht, auch für sich die Koalitionsfreiheit in Anspruch zu nehmen, um Organisierung und schlechte Bezahlung zu beseitigen. Wenn eine Partei für sich in Anspruch nehmen kann, in dieser Hinsicht die Arbeiterinteressen vertreten zu haben, so ist es die sozialdemokratische. (Widerspruch.)

Abg. List-Elbingen (nall.): Der Gedanke einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens gewinnt immer mehr an Boden.

Eine Betriebsgemeinschaft muß die Folge des Staatsbahnwagenverbandes sein.

Wenn man auch in Bayern nicht entzückt von diesem Staatsbahnwagenverband ist, weil er der dortigen Staatseisenbahn für Neuanschaffungen eine Ausgabe von 17 Millionen bereitet hat, so können wir doch nicht auf die Vorlegung einer Denkschrift über diese Frage verzichten. Das Protokoll des Sonderausschusses des Deutschen Handelsklages, der sich auch mit dieser Frage beschäftigt, wird ein wertvolles Material darüber beibringen, wie mangelhaft es bei uns noch mit der Einheitlichkeit im Eisenbahnwesen aussieht. Die württembergische Kammer hat den Wunsch ausgesprochen, daß eine Betriebs- und Finanzgemeinschaft der deutschen Eisenbahnverwaltungen geschaffen werde, insbesondere wurde gewünscht, daß Umleitungen im Güterverkehr als dem Wortlaut der Reichsverfassung widersprechend nicht zugelassen würden, und Württembergs Anteil gewinnt an dem Durchgangsverkehr. Tatsächlich besteht trotz aller Ablehnung doch ein preussisch-sächsischer Eisenbahnkrieg. So werden Güter aus Götting nach Plauen über Halle geschickt und nicht über Dresden. Da heißt es dann: Die besten Züge alle, fahren über Halle (Heiterkeit). Die Schaffung der sogenannten Fernwagenglinie liegt im lebhaftesten Interesse Süds- und Westdeutschlands. Die wichtigsten deutschen Handelskammern haben sich für diese Linie eingesetzt. Die Ausdehnung der Ausnahmestellung auf einen Kampf zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den süddeutschen Eisenbahnverwaltungen geführt. Die Uneinigkeit zwischen den einzelnen deutschen Eisenbahnverwaltungen macht sich leider auch dem Ausland gegenüber in bedenklicher Weise bemerkbar.

Der Projekt der Einführung einer Reichseisenbahngemeinschaft stehen die meisten Staaten sehr skeptisch gegenüber, da sie dann ein Übergewicht des Einflusses Preußens fürchten. Vielleicht ließe es sich aber so machen, daß preussisch-hessische Eisenbahnen als solches bestehen zu lassen und alle anderen Verwaltungen, so die sächsische, württembergische, bayerische, badische und elbfah-schlesische und die anderen zu einer Reichseisenbahngemeinschaft zusammenzuschließen. Dadurch würde auch der Reichsgedanke gewonnen. (Beifall.)

Abg. Liebenbürger (konf.): Die jetzigen Bestimmungen über den Viehtransport sind, soweit es die Schweine angeht, geradezu tierquälerisch. Hier sollten die landwirtschaftlichen Vereine ein ernstes Wort mitreden.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Den wiederholt gedauerten Wünschen auf Einrichtung von Schlafwagen dritter Klasse sollte sich das Reichseisenbahnamt nicht ablehnend gegenüber verhalten.

Abg. Koch (Vpt.): Es ist ein Alibi, daß der hinter Eiselen liegende Tunnel, der von den Zügen Berlin-Erfurt-Mittenberg und Halle-Kassel benutzt wird, durch den also täglich etwa 25 Züge fahren, nur auf einem Gleis befahren werden kann. Im Falle einer Mobilmachung könnte dies zu schweren Folgen führen. Der Ausbau der Strecke würde sich sehr gut rentieren.

Abg. Dr. Arendt (Vpt.): Seit vielen Jahren bin ich im Abgeordnetenhaus, wobei die Sache ja eigentlich gehört (Sehr richtig! rechts.), für Beseitigung des Niestätter Tunnels eingetreten. Nach Auskunft des Generalstabs, der sicherlich für strategische Dinge maßgebender ist als wir, ist der Tunnel unbedenklich. Trotzdem wünsche ich die Beseitigung des unglücklichen Tunnels. Ich verheße nur nicht, daß die Umleitung gerade durch den Wahlkreis des Herrn Koch gehen soll, es wäre doch besser, sie zur anderen Seite zu führen, durch meinen Wahlkreis. (Große Heiterkeit.)

Abg. Fischer-Dannover (nall.): Erst die Reichseisenbahngemeinschaft wird endlich alle berechtigten Klagen beseitigen können. Bei etwas mehr Energie könnte auch heute schon das Reichseisenbahnamt viele Verbesserungen und Reformen einführen. Warnen möchte ich davor, die Fahrkartensteuer für die 1. und 2. Klasse zu beseitigen, dagegen

Sür den Monat März

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

zu abonnieren, findet sich Gelegenheits

im Verlag „Tagblatt-Bau“ Langgasse 21, in der Zweigstelle Bismarckring 29, in den Ausgabestellen der Stadt und Nachbarorte und bei sämtlichen deutschen Reichspostanstalten.

für die 3. Klasse auszubauen und auf die 4. Klasse auszuweihen. Die Arbeiterfahrkarten müssen auf 100 Kilometer ausgedehnt werden. Die 4. Wagenklasse, namentlich in den Arbeiterzügen, muß mit Sitzgelegenheit besser ausgerüstet werden.

Gerade die 3. und 4. Wagenklasse bringen die Einnahmeüberschüsse.

Für sie geschieht aber am wenigsten. (Vizepräsident Dove bittet den Redner, der die einzelnen Statistiken vorzutragen beginnt, hieron abzusehen.) Die Eisenbahn soll der Kultur in erster Linie dienen, und doch bleiben wichtige Gegenden unberücksichtigt.

Abg. Schirmer (Ztr.): Nicht bloß das bayerische Zentrum, auch der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, Herr von Vollmar, hat sich immer wieder gegen die Eisenbahngemeinschaft ausgesprochen, da diese eine Verprechtung der Eisenbahnen bedeuten wird. Wir haben keine Lust, auf unsere Bahn zu verzichten. (Beifall.)

Abg. Zimmermann (natl.): Die Rheim-Linie mag für Süd- und Westdeutschland, ja sogar für Westeuropa von Interesse sein. Mittel-, Nord- und Ostdeutschland sind aber völlig mit den jetzigen Verbindungen zufrieden.

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp: Von einer mangelhaften Sicherheit, namentlich auf den sächsischen Linien, kann keine Rede sein. Der Wagenpark wird vollständig vermehrt. Die Untersuchung über den

Unglücksfall im Garraß-Tal

ist noch nicht abgeschlossen. Seit 45 Jahren besteht diese Linie und es haben sich keinerlei Bedenken herausgestellt. Die Wölbungen im Tunnel werden regelmäßig untersucht und noch 16 Tage vor dem Unfall wurde eine derartige Untersuchung vorgenommen. Ich nehme an, daß es sich hier um eine höhere Gewalt handelte. Bei Umleitung des Verkehrs hat sich Preußen stets lokal verhalten. Eine Umleitung der Strecke beim Rietter Tunnel ist bereits in Vorbereitung.

Die Ausdehnung der Arbeiterfahrkarten auf 100 Kilometer entspricht nicht dem Bedürfnis.

Im Vergleich mit den Eisenbahnen des Auslands kann von den deutschen Eisenbahnen gesagt werden, daß sie auf der Höhe sind, daß aber an der steten Verbesserung ihrer Bauten und verkehrstechnischen Anlagen weitergearbeitet wird. Das deutsche Eisenbahnwesen ist gesund und wird gesund erhalten. (Beifall.)

Abg. Dr. Dertel (Lons.): Ich habe früher stets über die Umgestaltung der sächsischen Linien gellagt, bin aber von der Loyalität Preußens überzeugt worden. Außer den Württembergern wollen die Süddeutschen keine Eisenbahngemeinschaft haben. Vom preussischen Standpunkt aus würde ich dieser niemals zustimmen.

Das Rauchverbot in den Speisewagen ist eine Qual.

Der Rauch, auch der schlechtesten Zigarre, kann nach dem Diner die Luft im Speisewagen nur verbessern. (Heiterkeit.) Deshalb ist auf den bayerischen Strecken das Rauchen gestattet und von den preussischen Grenzpfählen an nicht mehr. Das widerspricht dem Artikel 42 der Reichsverfassung. (Große Heiterkeit.)

Abg. Haas (Sp.) wünscht Einführung der 3. Klasse in den Schnellzügen auf der rechtsrheinischen Bahn von Frankfurt ab.

Präsident Wackerzapp sagt Prüfung zu.

Sobald wird die Debatte geschlossen und der Etat des Reichseisenbahnamts bewilligt.

Es folgt der

Etat der Reichseisenbahnen.

Abg. Fuchs (Sag.): Die Union der preussischen und der reichsständischen Eisenbahnen könnte segensreich sein, wenn nicht die preussische Klasse zu gut und das Verkehrsbedürfnis der Elbsa-Lothringern zu schlecht wärglämen. Die Überschüsse der elbsa-lothringischen Bahn sollten zum Ausbau des dortigen Eisenbahnnetzes verwendet werden, wie es den Bedürfnissen der dortigen Bevölkerung entspricht. Die Linie Stralsburg-Wafel muß entlastet werden. Das ist eine Forderung des Kulturfortschritts. Den elbsa-lothringischen Abgeordneten ist die Preisfahrkarte verweigert worden, und zwar in jüngerlich-jüngerlicher Form mit dem Bescheid, dem Wunsche werde nicht entsprochen. Eine Begründung dieser, wenn ich unhöflich sein wollte, schnöden Abweisung (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.), eine Begründung dieser eigenartigen Abweisung ist nicht gegeben. Die Arbeiterausschüsse werden nicht genügend gekört.

Unrichtig ist es, daß die Interessen der Staatsarbeiter anders liegen als die der sonstigen Arbeiter.

Das Koalitionsrecht wird den Staatsarbeitern in Elbsa-Lothringen in brutaler und widerrechtlicher Weise vorenthalten. (Milde. Präsident Dr. Kaempf bittet den Redner, derartige Ausdrücke zu unterlassen.) Ich werde mich nach Möglichkeit den Wünschen des Präsidenten fügen. (Heiterkeit.) Der Zustand ist unwürdig.

Abg. Schwabach (natl.): Das Betriebsdefizit der Reichseisenbahnen hat seit 1890 nicht mehr einen so niedrigen Stand gehabt als jetzt. Die Forderung, daß nunmehr die erheblichen Überschüsse Elbsa-Lothringern zugute kommen, ist nicht berechtigt, da früher das Reich das nicht unerhebliche Defizit zu tragen gehabt hat.

Präsident Dr. Kaempf: Herr Abgeordneter Fuchs, als Sie sagten widerrechtliches und brutales Vorgehen der Reichseisenbahnverwaltung, und ich dieses rügte, haben Sie zugesagt, daß Sie meinem Wunsche nach Möglichkeit nachkommen wollten. (Heiterkeit.) Leider ist Ihnen dies nicht gelungen. (Erneute Heiterkeit.) Am Schlusse Ihrer Rede haben Sie wiederum der Verwaltung Rechtsverletzung vorgeworfen. Hierüber rufe ich Sie zur Ordnung.

Nach einigen Ausführungen des Chefs der Reichseisenbahnen Ministers v. Breitenbach, worin dieser betont, daß die Personalunion des Chefs der preussischen Staats-eisenbahn und der Reichseisenbahn für Elbsa-Lothringen von eminent wirtschaftlichem Nutzen

sei und der Anschluß der Reichseisenbahnen an die preussische Staatsbahn dem Lande außerordentlichen Vorteil gebracht hätte, wird Beratung beschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr pünktlich; Anfragen und Fortsetzung. — Schluß 7 Uhr

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 26. Februar.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Lesung zum

Etat der Bauverwaltung

wird fortgesetzt beim Kapitel „Verkehrsabgaben“.

Abg. v. Schumann (Lons.): Wir glauben nicht, daß durch die Kanalisierung der Mosel und Saar die wirtschaftlichen Mischstände beseitigt werden würden, über die die Bevölkerung jener Gebiete klagt. Ich teile deshalb den Standpunkt des Ministers in dieser Frage. Schiffsabgaben sind notwendig zur Unterhaltung und Instandsetzung der Schiff-fahrtswege.

Abg. v. Moltke (freikons.), (schwer verständlich): Vom strategischen Standpunkt sind Kanäle von großer Bedeutung. Auch mit Rücksicht auf die Volksernährung ist es von großer Bedeutung, wenn die Eisenbahnen durch Kanäle in richtiger Weise ergänzt werden. Ich verkenne nicht, daß der Eisenbahnminister mit Rücksicht auf die Eisenbahnein-nahmen hier und da gewisse finanzielle Bedenken gegen einen Kanal haben kann. Aber die Rücksicht auf das allgemeine Wohl muß da allein ausschlaggebend sein.

Minister v. Breitenbach: Überwiegende wirtschaftliche Interessen des rheinisch-saarischen Industrie-gebiets sprechen gegen die Mosel- und Saar-kanalisierung. Die Regierung muß auf solche Interessen Rücksicht nehmen. Sind doch feinerzeit die Getreide-staffeltarife vom Osten nach dem Westen aufgehoben worden, weil der Westen Nachteile davon befürchtete. Der Osten hat damals ein Opfer mit Rücksicht auf den Westen bringen müssen.

Abg. Lounreau (Zentr.) tritt für die Schiffbarmachung der Berra sowie für die Verbindung der Berra mit dem Main und des Mains mit der Donau ein. Auf diese Weise werde eine Verbindung von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer geschaffen werden.

Abg. Dr. Wendlandt (natl.): Auch wir wünschen lebhaft die Schiffbarmachung der Berra. Dadurch würden große Gebiete des deutschen Landes, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben sind, erschlossen werden.

Gesetzrat Sympher erklärt, die Frage der Berra-kanalisierung werde geprüft werden.

Abg. Daselewer (natl.): Auch meine Freunde halten Voricht in der Tarifpolitik für geboten. Wir halten aber die Voricht für übertrieben, wenn man sich in dieser Beziehung auf den Standpunkt von 1905 stellt. Wir ziehen demgegen-über einen brauchbaren Mittelweg vor. Wir haben uns feinerzeit nicht ablehnend dagegen verhalten, in eine Prüfung der Schiffsabgaben einzutreten, wir wenden uns aber dagegen, daß Schiffsabgaben und Kanalabgaben miteinander verquid werden. Wir sind der Ansicht, daß der Standpunkt, den die rheinisch-saarische Industrie in der Frage der Mosel- und Saarkanalisierung einnimmt, immer aufrecht erhalten werden wird.

Die Debatte über die Verkehrsabgaben wird ge-schlossen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt u. a. Abg. Dr. Köhling: Ich werde mit der Mosel- und Saarkanalisierung immer wieder kommen. Aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Beim Titel „Ministergehalt“ erklärt Abg. Verlach (Zentr.): Ich hoffe, daß die Verhandlungen mit der Stadt Berlin über das neue Königl. Opernhaus zu einem be-friedigenden Ergebnis führen werden. Im Interesse der Küstenschiffer sollten größere Fischereihäfen gebaut werden. Das Tiefbaugewerbe klagt darüber, daß der Staat zu viel Ar-beiten in eigener Regie ausführen läßt. Die höheren Tech-niker haben den begründeten Wunsch auf gezielten Schutz des Baumeisterstandes. Hier kann nur eine reichs-gesetzliche Regelung helfen.

Abg. Wohlfarth (natl.): Wir in Hanau wünschen eine größere Beseitigung der Mainkanalisation.

Bei öffentlichen Bauten sollten auch Privatarchitekten herangezogen werden. Bei Preisausschreiben sollte man nicht so vorgehen, wie es bei dem Preisausschreiben zum deutschen Volkshaus in Washington der Fall war, wo schließlich der Bau eines Architekten übertragen worden sein soll, der sich an dem Wettbewerb gar nicht beteiligt hat. Das ist ein Schlag ins Gesicht gegenüber den übrigen Wettbewerbern.

Minister v. Breitenbach: Privatarchitekten werden auch bei staatlichen Arbeiten in ausreichendem Maß herangezogen. Was die Preisausschreiben betrifft, so gehen daraus nicht immer einwandfreie Werke hervor. So mancher Wett-bewerb war von einem Mißerfolg begleitet. Es wird zu erwägen sein, ob durch eine Änderung der Gewerbeordnung ein gesetzlicher Schutz des Baumeisterstandes erfolgen kann.

Abg. Dr. v. Wonna (freikons.): Die Aufmerksamkeit des Ministers möchte ich auf den Baumeisterstand lenken. Ich bitte, wenn es möglich ist, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den Druck, der auf der ganzen Bauwelt lastet, zu mildern. Die Landwirtschaft hat ein dringendes Interesse daran, daß sie durch die Ausführung des Wassergesetzes nicht geschädigt wird.

Abg. Lippmann (Sp.): Was die Not und den Schaden betrifft, den die Sturmflut an der Ostsee verursacht hat, so kann es sich nicht bloß darum handeln, die Geschädigten abzufinden, sondern vor allem darum, Fürsorge zu treffen, daß in Zukunft solche Schäden verhütet werden. Nach unserer Auffassung ist der Küstenschutz prinzipiell Sache des Staates, der einzelne wäre gar nicht in der Lage, sich gegen den Ansturm der See zu verteidigen.

Den Konservativen möchte ich den guten Rat geben, den Kanälen ein größeres Wohlwollen entgegenzubringen.

Wir wollen diese Frage nicht politisch, sondern nur wirtschaftlich behandeln. Die Kanalgebühren dürfen nicht so hoch sein, daß sich der Verkehr von den Kanälen abwendet. Der Minister sagt, die Weichsel kann nur reguliert werden, wenn Rußland zugleich vorgeht. Nun hat aber Professor Ehlers nachgewiesen, daß wir auch ohne Hingabe an Rußland an die Regulierung der Weichsel herangehen können.

Abg. Paul Hoffmann (Sag.) tritt für Verrückung der Bauarbeiter ein. Vor allem müssen Maßnahmen getroffen werden, um die zahlreichen Unfälle dieser Arbeiter zu vermindern. Zur Kontrolle über die Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften sollten praktisch geschulte Arbeiter herangezogen werden.

Minister v. Breitenbach: Die Vorbedingung für die Weichselregulierung ist ein gemeinsames Vorgehen mit Rußland und ein deutsch-russischer Weichselverkehr. Wenn sich aber Rußland ablehnend verhält, so ist auf einen aus-reichenden Verkehr überhaupt nicht zu rechnen. Wenn die Ermäßigung der Gebühren verlangt wird, so möchte ich er-wähnen, daß die Preisdifferenz zwischen Berlin-Ham-burg und Berlin-Stettin sich zugunsten von Stettin verschoben hat. Dem Verlangen gegenüber, zur Kontrolle über die Arbeiterfußbestimmungen auch Arbeiter zuzuziehen, verhält sich die Regierung ablehnend. Die Ar-beiterfußbestimmungen müssen von staatlichen Organen durchgeführt werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Vorlagen. — Schluß 4 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Zum Explosionsunglück in Berlin-Rummelsburg.

wb. Berlin, 26. Febr. An der Unfallstelle auf dem Terrain der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, die einen furchtbaren Haufen von zertrümmerten Steinen, Glas und Eisen darstellt, aus dem nur im Vordergrund zwei eiserne Reservoirs unver-kehrt hervorstehen, erschienen die Polizeipräsidenten Demmler aus Lichtenberg und v. Jagow aus Berlin so-wie der Berliner Branddirektor Reichel. Außer den bereits gemeldeten Toten sind der Arbeiter Aust aus Lichtenberg und der als vermist gemeldete Ingenieur Rösch tot aufgefunden worden.

wb. Berlin, 26. Febr. Zu dem Explosionsunglück in der Anilinfabrik in Rummelsburg wird noch gemel-det: Bis jetzt wurden 12 Todesopfer geborgen. Außer-dem wurden noch 10 Personen mehr oder weniger schwer verletzt ins Krankenhaus in Rummelsburg ge-bracht. Einzelne der Verletzten gehören zu dem Per-sonal der Fabrik, andere sind Privatleute, die zufällig an der Unfallstelle vorübergingen. Außerdem werden noch 5 Personen vermist, die unter den Trümmern des eingestürzten Fabrik-gebäudes liegen und zweifellos den Tod gefunden haben.

Die Ursache.

wb. Berlin, 26. Febr. Nach den bisherigen Er-mittelungen ist das Unglück in der Anilinfabrik in Rummelsburg auf die Explosion des sogenannten Filtrierapparates zurückzuführen. Wie jetzt festgestellt, sind fünf Angestellte getötet, vier werden ver-mist, sieben sind schwer und zwei leicht verletzt.

Verletzung des Prinzen Eitel Friedrich nach Bosen.

Berlin, 26. Febr. Wie der „A. A.“ meldet, tritt Prinz Eitel Friedrich im Herbst an die Spitze des Regi-ments Königsjäger zu Pferde Nr. 1 und siedelt nach Bosen über.

Beschlüsse des Bundesrats.

wb. Berlin, 26. Febr. Der Bundesrat erteilte die Zu-stimmung dem Gesetzentwurf, betr. die Feststellung des Nach-trags zum Haushaltssatz für die Schutzgebiete auf das Nach-rechnungsjahr 1913, und der Ergänzung des Entwurfes des Haushaltssatzes für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1914. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen die Abänderung der Grundzüge über die Stellenbesetzung mit Militärbeamten, der Entwurf der Ausführungsbestimmungen über die Aufwandsentschädigung an Familien für im Reichs-heer usw. eingestellten Söhne. Der Antrag auf Errichtung einer Wöhrungsstelle im Schiedsrecht wurde angenommen.

Dr. Müller-Meiningen über das Ende der Javernkommission.

S. Berlin, 26. Febr. (Eig. Drahtbericht) Wir haben Veranlassung genommen, den Vater des fortschrittlichen Initiativantrags, den Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen, über die Meinung zu befragen, die in den Kreisen der fortschrittlichen Reichstagsfraktion über das Mög-liche Ende der sog. Javernkommission herrscht. Dr. Müller-Meiningen versicherte uns: „Der Ausgang hatte für mich und für uns alle nichts Verblüffendes und nichts Ueberraschendes. Nachdem das Zentrum und die Nationalliberalen so deutlich einer definitiven Ent-scheidung der Frage ausweichen wollten, wußte man ge-nau, daß das Resultat der Abstimmung sein würde, wie es jetzt tatsächlich geworden ist. Wir hätten es natürlich über-haupt nicht zur Abstimmung kommen lassen, wäre noch irgend eine Aussicht gewesen, bei einer neuerlichen Vertagung ein anderes Ergebnis zu erzielen. Für uns konnte es sich nur darum handeln, bald ein Ergebnis, sei es ein positives, sei es ein negatives, zu sehen, und darum haben wir mit den Konservativen und den Sozialdemokraten gegen eine Ver-tagung gestimmt. Hätten wir uns nach dem Wunsch des Zen-trums auf eine Vertagung eingelassen, so wäre lediglich nach außen hin der Eindruck erzielt worden, als seien die Antrag-steller gar nicht gewillt, ihren Antrag mit der erforderlichen Energie durchzusetzen. Dazu kommt, daß nach der jetzt vor-herrschenden Meinung, daß der Reichstag nicht bis zum Herbst vertagt, sondern daß er geschlossen werden wird. Da es selbstverständlich ausgeschlossen war, im Fall neuerlicher Vertagung der Kommission bis dahin den Antrag an das Plenum und durch das Plenum zu bringen, so wäre er bis zur dritten Lesung gekommen wäre, denn die erforderlichen Verhandlungen mit den Einzelstaaten wären unter keinen Umständen bis zum Mai zu Ende gebracht worden. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine bloße Änderung der Militärdisziplinverordnungen vom Standpunkt der fortschrittlichen Volkspartei aus keinerlei Bedeutung hat. Ob nun die Javernangelegenheit bei der Beratung des Militär-etats von neuem aufgerollt werden wird, ist eine Frage, die sich jetzt noch nicht beantworten läßt. Bei den bürgerlichen Parteien jedenfalls herrscht keine große Be-neigntheit dafür, noch einmal in die Besprechung des Falls einzutreten. So bleibt nur zu wünschen, daß die näch-sten Jahre keine Wiederholung der Javernaffäre bringen und keine neuen Debatten über die Grenzen zwischen Zivil- und Militärgevalt notwendig machen werden.“

Keine reichsständischen Ausnahmestellen.

S. Berlin, 26. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die von der „Süddeutschen konservativen Korrespondenz“ angeführten Reichsgesetze zur Verhütung des Verfalls- und Presserechts in Elbsa-Lothringen haben wir selbst bereits als losen Ver-

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Schalter-Haus geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bg. monatlich. Nr. 2. — Vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Druckerlohn. Nr. 3. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, außerdem durch die Reichspost. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Vorstände des Landtages, sowie die Kreisverwaltungen in allen Teilen des Reichs; in Bielefeld: die dortigen Kreisverwaltungen und in den benachbarten Landkreisen und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Bg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bg. für lokale Anzeigen; 2 Bg. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen ermäßigender Rabatt.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an angeordneten Tagen und Plätzen wird keine Remise übernommen.

Freitag, 27. Februar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 98. • 62. Jahrgang.

Das Ende der Zabern-Kommission.

○ Berlin, 26. Februar.

Mit dem Ende der Zabern-Kommission ist nicht gesagt, daß die Reichstagsmehrheit auf ihren dringenden Wunsch, es möge gegen etwaige Wiederholungen der vielberufenen Ereignisse Vorkehrungen getroffen werden, Verzicht geleistet habe. Als sich der Reichstag mit den verschiedenen auf Zabern bezüglichen Anträgen beschäftigte, tat er zweierlei: er nahm nämlich zwei Anträge an und verwies drei andere Anträge an die Kommission. Die angenommenen sind die des Zentrums und der Nationalliberalen. Der Zentrumsantrag forderte, dem Sinne nach, Maßnahmen zur Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen den bürgerlichen und den militärischen Gewalten, der national-liberale Antrag ersuchte um die Mitteilung der Ergebnisse, welche die vom Kaiser angeordnete Nachprüfung der Rabinettssorder von 1820 bringen wird. Die drei anderen Anträge, der freisinnige, der elsässische und der sozialdemokratische, beanpruchten eine gesetzliche Regelung der Materie. Diese drei Anträge also sind heute in der Kommission gefallen, und die Treiber und Dränger, die nach Konfliktsstoff auspähen, werden so um eine Hoffnung ärmer sein; die Reichsleitung wird nicht in die Lage kommen, sich gegen einen Mehrheitsbeschluss einzusetzen, der zwar in keiner Weise eine Antastung der Kommandogewalt bedeutet hätte, von dem aber gleichwohl die Konservativen hartnäckig behaupten, er würde die Beugung von Kaiser und Heer unter die „Demokratie“ vorbereitet haben. Also zu weiteren Kämpfen kann es schon darum nicht kommen, weil kein Kampfgegenstand mehr erkennbar ist. Aber darum braucht man den Gegnern noch lange nicht das Recht zu einem Triumphgeschrei zuzugestehen. Es kommt in der Politik zwar auch nicht zuletzt auf die Formen, in denen eine Reihe immer auf den Inhalt an. Keinem einseitigen Beobachter kann es zweifelhaft sein, daß der beträchtliche Aufwand von löblichen Worten, mit denen der Vertreter des Reichskanzlers in der Kommission Direktor Delbrück jedes Eingehen des Bundesrats auf die Forderung gesetzgeberischer Regelung der Materie zurückgewiesen hatte, eigentlich nur die Verschleiierung des Tatbestandes war, daß die Reichsleitung in Wirklichkeit für die Fernhaltung weiterer Vorkommnisse wie die in Zabern sorgen wird. Dies wird offenbar in der Weise geschehen, daß eine neue Dienstvorschrift die unhaltbar gewordene von 1899 ersetzen und mit der fragwürdigen Rabinettssorder von 1820 aufräumen wird. Freilich wird man dann noch immer kein Reichsgesetz über den Waffengebrauch des Militärs im Frieden haben, aber in der Sache wird dem Willen der Reichstagsmehrheit, also dem national-liberalen und dem Zentrumsantrag, Genüge geleistet werden. Wäre es dem Reichskanzler nicht gelungen, den Kaiser von der Notwendigkeit der Nachprüfung der Rabinettssorder von 1820 zu überzeugen, so würde der Verlauf der Kommissionsberatung doch wohl ein anderer gewesen sein, d. h. die Mehrheit hätte sich das Recht und der Pflicht nicht begeben, auf eine Abgrenzung der Zuständigkeiten zu dringen, wobei es immer noch eine offene Frage geblieben wäre, ob das durch Verordnung oder durch Gesetz zu geschehen habe. Das sachliche Entgegenkommen der Regierung hat den Gegenstand jedoch abgeklüftet und so hat die Zabern-Kommission nichts mehr zu tun bekommen.

Politische Übersicht.

Sjasonow und Tswolski.

○ Berlin, 26. Februar.

Der Verfasser der an diesem Mittwoch in der „Kreuzzeitung“ erscheinenden Übersichten über die auswärtige Politik, Professor Dr. Schiemann, hat, wie die Kenner wissen, immer noch gute Beziehungen zu Petersburg. Es verdient deshalb Beachtung, daß er in seiner heutigen Wochenübersicht als offenbar persönliche Petersburger Information mitteilt, Sjasonow werde nicht zurücktreten und Tswolski werde seine Stellung in Paris behalten. Es scheint jedoch, daß über seine Versetzung nach London verhandelt worden sei, ohne daß die Zustimmung der englischen Regierung habe erwirkt werden können. Professor Schiemann erklärt, er habe diese Angaben von wohlunterrichteter Seite bekommen. Sie werden deshalb als beglaubigt anzusehen sein. Ob Sjasonow bleibt oder geht, kann für uns nicht mehr so erheblich sein, wie es früher vielleicht gewesen wäre, nachdem dieser Minister in einer Kommission der Reichsduma

die bekannten übelwollenden Bemerkungen über vermeintliche Störungen des Friedens durch uns zur Erzielung eines besseren Handelsvertrages gemacht hatte. Zwar ist, wie erinnerlich, eine solche Äußerung in Abrede gestellt worden, es konnte eigentlich auch nichts anderes geschehen, wenn die bestimmte Anfrage unseres Botschafters an der Kema, wie es sich mit dieser auffälligen Bemerkung verhalte, befriedigend beantwortet werden sollte. Indessen wird man sich selbstverständlich über den Wert der Abstreifung seine eigenen Gedanken zu machen haben, vielmehr das ist sogleich geschehen. Wichtiger ist vom deutschen Standpunkt aus die Mitteilung, daß Tswolski in Paris bleiben wird, weil man ihn in London nicht haben will. Das britische Kabinett muß also seine Bedenken gegen diesen Diplomaten, vielmehr gegen seine Wirksamkeit gerade in London, nicht verschwiegen haben, und das kann uns in einer Zeit, wo an einer deutsch-englischen Annäherung gearbeitet wird, ganz willkommen sein.

Vom geistigen Niveau der Sozialdemokratie.

Die Klage ist schon ziemlich alt, daß die Sozialdemokraten keine wissenschaftlichen Pioniere mehr seien. Zu beanstanden ist in diesem Satz vielleicht nur das Wort „mehr“. Denn die wissenschaftlich gehaltenen Bücher und Schriften der Sozialdemokratie sind von jeher weit mehr von Juristen, Volkswirten, Theologen usw., kurz Akademikern, und zwar bürgerlichen, gekauft worden als von sozialdemokratischen Arbeitern, und schwerlich wären die Kosten der Herstellung eines einzigen von ihnen durch den Absatz in der Partei allein gedeckt worden. Bebel's Buch „Die Frau“ kann natürlich zu den wissenschaftlichen nicht gerechnet werden. Marx' „Kapital“ wird anscheinend überhaupt nicht mehr gelesen. Und wie viele von den Genossen kennen wohl Davids „Sozialismus und Landwirtschaft“? Neuerdings wird aber auch überall geklagt, daß die Arbeit der „Bildungsausschüsse“, die hauptsächlich in der Veranstaltung von Vorträgen besteht, wenig Sympathie und Teilnahme findet. Die sozialdemokratische Presse hat es aufgegeben, diese unangenehme Aufgabe zu verschweigen oder zu verschleiern. Hat sie sich aber auch wohl klar gemacht, daß sie selbst ein großer Teil der Schuld an dem Mangel wissenschaftlichen Interesses unter den Genossen trifft? Ihr ganzer Inhalt dient der leidenschaftlichen Agitation, der Willensaufweckung, dem aktuellen Kampfe, und zwar jetzt mehr als in irgendeiner früheren Phase der Parteientwicklung. Diese Methode ist durchaus geeignet, den theoretischen Sinn bei den Lesern zu ersticken. Und nachdem man diesen Sinn getötet hat, trägt jetzt die Presse in natürlicher Wechselwirkung der Vorliebe der Genossen für scharfe, agitatorische Kost Rechnung, und der „Vorwärts“ u. d. m. bringt im allgemeinen nur noch selten theoretische Aufsätze. Die Agitatoren, die der theoretischen Schulung ermangeln, sind aber auch im Wahlkampf den Gegnern nicht gewachsen, und vielleicht trägt dieser Umstand dazu bei, die rückläufige Bewegung, welche die Wählerziffern vielfach dartun, zu erklären.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Notizen. Der Kaiser nahm Donnerstagmittag im Berliner Schloß die Vorträge des Kriegsministers Generalleutnants v. Falkenhayn, des Chefs des Generalstabs der Armee, Generalobersten von Roltke, und des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Infanterie Freiherrn v. Linder, entgegen. Der Kaiser hatte auch dem Auswärtigen Amt einen Besuch abgelegt. Der Kaiser hat zu seinem 70. Geburtstag vom Kronprinzen als Vorzeichen des Ausblicks für die olympischen Spiele zu Pferde ein Glückwunschtelegramm erhalten. Auch der Kaiser hat dem „jugendlichen Siebener“, dem Vorkämpfer für die Stählung unserer Volkstracht, ein Glückwunschtelegramm geschickt.

* Ein Besuch des Kaiserpaars in Athen. Die griechisch-offizielle „Eftia“ in Athen bezeichnet es als sicher, daß Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste im April in Athen den Besuch der griechischen Königsfamilie in Berlin erwidern werden.

* Zur angeblichen Versetzung des Prinzen Eitel Friedrich nach Posen. In der Umgebung des Prinzen Eitel Friedrich ist, wie das Wolffsche Telegraphen-Bureau mitteilt, von einer Übersiedelung nach Posen nichts bekannt.

* Einem und Andern. Für beachtenswert wird es von verschiedenen gehalten, daß in diesen Tagen der frühere Kriegsminister und jetzige kommandierende General von Einem und der jetzige Staatssekretär der Reichsduma Graf v. Andern zusammen in Berlin weilten. Herr v. Einem ist schon wiederholt unter den Anwärtern auf den Statthalterposten der Reichsländer genannt worden. Danach drängt sich die Vermutung auf, daß man mit dem General über diese Angelegenheit verhandelt und daß der Staatssekretär Graf v. Andern zur Teilnahme an diesen Besprechungen nach Berlin bechieden worden ist. Der Staatssekretär war übrigens an einem der letzten Abende der Gast des Kronprinzen. Wie weit die Vermutungen, die an die

gleichzeitige Anwesenheit des Generals und des Staatssekretärs in Berlin geknüpft werden, zutreffend sind, steht vorläufig dahin.

* Entlassung des Herrn v. Wahrenholz aus dem Hofdienst des Herzogs Ernst August. Große Verstimmung erregt es in weiten Kreisen der Provinz Hannover, daß Freiherr v. Wahrenholz, der Vorsitzende der hannoverschen Landwirtschaftskammer und Mitglied des preussischen Abgeordneten-Hauses, seinen Abschied aus dem Hofdienst des Herzogs Ernst August von Braunschweig erhalten hat, bei dem Herr. von Wahrenholz das Amt eines Chefs des Hofjambais versah. Da irgendwelche Gründe persönlicher Art für die Verabschiedung weder geltend gemacht werden sind, noch wohl, wie Kenner des Verabschiedeten versichern, kaum vorliegen, so vermutet man hinter der ziemlich unermittelten erfolgten Entlassung politische Gründe. Herr v. Wahrenholz ist nämlich Vorstandsmitglied der konservativen Partei der Provinz Hannover und gehört zu jener Gruppe dieser Partei, die sich dem westfälischen Piebeswerben gegenüber immer ziemlich zurückgehalten hat, vielmehr im Sommer vorigen Jahres, als die Thronbesteigung des Herzogs Ernst August im Höhepunkt ihrer Erörterung stand, mit den führenden konservativen Presseorganen einen bündigen Verzicht des Herzogs Ernst August auf Hannover verlangte.

* Keine Herausforderung des Herrn v. Schorlemer zum Duell. Die von einem Leipziger Blatt kürzlich gebrachte Nachricht, daß der Polizeipräsident von Köln den preussischen Landwirtschaftsminister v. Schorlemer zum Zweikampfe herausgefordert habe, aber abgewiesen worden sei, wird dem „Kölnischen Anzeiger“ an zuständiger Stelle als „von Anfang bis zu Ende frei erfunden“ bezeichnet.

* Wieder eine kennzeichnende Wahlverlängerung der Sozialdemokratie! Für den am 14. Dezember v. J. verstorbenen sächsischen Landtagsabgeordneten Riem (Soz.) wurde gestern im 2. ländlichen Wahlkreis Groß-Schönau-Ebersbach eine Ersatzwahl vorgenommen. Der national-liberale Kandidat, Fabrikbesitzer Rüdert, erhielt 10 221, der Sozialist des Textilarbeiterverbandes Zwahr (Soz.) 6217 Stimmen. Der national-liberale Kandidat ist somit gewählt. Bei der im Herbst 1909 stattgehabten allgemeinen Hauptwahl entfielen 5516 Stimmen auf Riem (Soz.), 4068 auf Rüdert (nall.) und 3582 Stimmen auf Zwahr (Soz.). In der Stichwahl wurde Riem mit 7532 Stimmen gewählt, während auf Rüdert 6921 Stimmen entfielen.

* Die ersten statistischen Angaben über die Zahl der Krankenkassen und die Zahl ihrer Mitglieder nach der neuen Organisation der Krankenversicherung werden jetzt bekannt gegeben. Nach dieser Statistik beträgt zurzeit die Zahl der Allgemeinen Ortskrankenkassen 2463 mit 9 783 731 Versicherten, die Zahl der besonderen Ortskrankenkassen 337 mit 749 349 Versicherten, die Zahl der Landkrankenkassen 595 mit 2 660 065 Versicherten, die Zahl der Betriebskrankenkassen 5537 mit 3 476 020 Versicherten, und die Zahl der Innungs-Krankenkassen 892 mit 384 169 Versicherten.

* Ein Angriff auf Unteroffiziere in Strassburg. Wolffs Telegraphen-Bureau berichtet jetzt zu dem schon erwähnten Fall: Auf dem Heimwege zur Kaserne in Strassburg i. E. wurden in der Nacht zum vergangenen Montag drei Unteroffiziere vom Infanterie-Regiment Nr. 126 am Ausgang der Langenstraße von einer Gruppe Aufsteher mit den Worten: „Ihr Sauknechte!“ beleidigt. Als ein Unteroffizier die Beleidiger zur Rede stellte, holten diese Hilfe aus einem nahen Wirtshaus. Zehn bis zwölf junge Burschen, zum Teil mit offenen Messern, gingen gegen die drei Unteroffiziere vor, welche zur Abwehr blank zogen, wobei einer der Angreifer einen Hieb über das Gesicht erhielt. Bei dem Versuch, zwei der Burschen festzuhalten, erhielt ein Unteroffizier einen leichten Messerstich in den Hinterkopf. Als sich die Unteroffiziere abwehrnd nach ihrer Kaserne zurückzogen, war die Menge, die sie verfolgte, schließlich auf 40 bis 50 Köpfe angewachsen. Die herbeigerufenen Polizei stellte mehrere Namen der Exzedenten fest. Die weitere Untersuchung ist im Gange. Außerdem hat das Kommando des Infanterie-Regiments Strafantrag wegen Beleidigung nach Artikel 194 des Reichsstrafgesetzbuches gestellt.

* Die Sachfängerei aus Galizien nach Preußen scheint in diesem Jahre die stärkste zu werden, welche je eingeführt hat. Bis jetzt haben, wie den „A. N. N.“ aus Schlesien gemeldet wird, seit dem 10. Februar die Stationen Arafau und Auschwitz (Oswiecim) in der Richtung nach Preussisch-Schlesien etwa 45 000 Sachfänger passiert. An manchen Tagen verkehren acht Auswandererzüge. Die meisten der Sachfänger kommen aus Galizien. Mindestens zwei Drittel der Sachfänger waren bis jetzt Ruthenen.

* Die Hausdurchsuchungen bei zwei polnischen Zeitungen in Posen haben zur Beschlagnahme einer großen Anzahl von Schriftstücken und Manuskripten geführt. Auch wurden verschiedene Photographien von Dokumenten des Schmarckenvereins beschlagnahmt.

* Der Deutsche Flottenverein veranstaltet in der Zeit vom 16. bis 19. April eine Fahrt zur Wasserfronte.

Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission für die Neuordnung der Preußen- und Sachverständigengebühren setzte die Einzelberatung des Entwurfs fort und nahm eine Reihe von Paragraphen ohne wesentliche Änderung an. Die Entschädigungen

für Fußwanderungen wurde von 5 auf 10 Pfennig pro Kilometer erhöht. Falls die Parteien sich vor Gericht bereit erklären, den Sachverständigen höhere Gebühren zu bezahlen, als sie das Gesetz vorschreibt, so sollen sie die vereinbarten Sätze gelten lassen. In der nächsten Woche werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Die Reichstagskommission für die Neuordnung der Sonntagsruhe verhandelte gestern über die Beschäftigungsdauer an Sonntagen in Städten unter 75 000 Einwohnern. In Übereinstimmung mit der Regierungsvorlage schlagen die bürgerlichen Parteien auf Grund eines Kompromisses drei Stunden vor, während die Sozialdemokraten nur eine zweistündige Arbeitszeit gestatten wollen. Nach dem Kompromiß soll die Regierung überdies das Recht haben, in Städten, die vorwiegend von der Bevölkerung der Umgegend zu Einkäufen an Sonntagen benutzt werden, die Arbeitszeit um 1 bis 2 Stunden zu verlängern. Die Abstimmung wurde bis zum Beginn der nächsten Sitzung ausgesetzt, die am kommenden Dienstag stattfinden soll.

Ein Zentrumsantrag, betr. die Unstillschkeit in bayerischen Großstädten. Die Zentrumsfraktion brachte im bayerischen Landtag den Antrag auf Ergründung gesetzlicher Maßnahmen gegen die zunehmende Unstillschkeit in den bayerischen Großstädten und Herbeiführung einer Abänderung der Reichsgewerbeordnung ein.

Sachsen und die neuen Steuern. In der sächsischen Zweiten Kammer ergriß bei der fortgesetzten Beratung des Etatskapitels „Sachsen und seine Vertretung im Bundesrat“ Finanzminister v. Seydewitz in später Abendstunde das Wort und erklärte u. a.: Die Regierung muß den Gedanken ablehnen, daß sie aus Rücksichtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten der Wehrvorlage Schwierigkeiten gemacht hat. Die Reichsverschaffungssteuer wurde von der Regierung nicht als ein so erhebliches Übel angesehen, denn sie ist eine indirekte Steuer, mit ihr fanden sich die Einzelstaaten ab; aber die Vermögenszuwachssteuer ist eine direkte Steuer, sie bedeutet einen schweren Eingriff des Reiches in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. Bei den indirekten Steuern sind wir noch keineswegs an der Grenze der Mäßigkeit angelangt, es gibt noch eine Anzahl entbehrlicher Genussmittel, die eine Mehrbelastung recht wohl vertragen. In dem Maße, in dem die Einzelstaaten an direkten Steuern verlieren, verlieren auch die einzelstaatlichen Parlamente ihren Einfluß und ihre Bedeutung. Um die günstige Ausgestaltung der Handelsverträge ist die Regierung ernstlich besorgt und sie wird Gelegenheit nehmen, vor Abschluß der Handelsverträge die Interessenten im Lande zu hören. An der bewährten Schutzpolitik wird die Regierung nach wie vor unbedingt festhalten.

Strasburger Universitätsfragen in der Zweiten elsass-lothringischen Kammer. In der getrigen Sitzung der elsass-lothringischen Zweiten Kammer wurde die Frage der konfessionellen Philosophie-Professur angeschnitten. Das Zentrum wandte sich durch den Abg. Pfleger gegen die Berufung Professors Simmels als Nachfolger Störings auf den Lehrstuhl für experimentelle Psychologie und verlangte, daß ein Schulmann angestellt werde, der Katholik sei und Weisheit und Pädagogik lehre im Interesse der Kandidaten des höheren Lehramts. Außerdem wünschte der Abgeordnete einen Lehrstuhl für elsass-lothringische Geschichte. — Wie der Kurator der Universität erklärte, wird die Zahl der studierenden Ausländer vom 1. April 1914 ab beschränkt werden.

Heer und Flotte.

Prinz Adalbert von Preußen, bisher Navigationsoffizier des Kreuzers „Köln“, wird am 1. April Flaggkapitän der Hochseeflotte.

Wesche in der Inspektion des Torpedowesens. Der Inspekteur des Torpedowesens, Vizeadmiral Koch, ist, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Wilhelmshaven gemeldet wird, von diesem Posten entbunden worden und zu seinem Nachfolger der Oberwerftdirektor in Wilhelmshaven Konteradmiral Cetermann ernannt worden. Der neue Inspekteur des Torpedowesens steht seit dem 15. April 1881 im Dienst der deutschen Marine; er hat früher bereits längere Zeit dem Torpedowesen angehört. 1906 wurde er Kapitän z. S. Als solcher war er erst Kommandant der Brandenburg, wurde dann Kommandant der Schwaben; 1911 rückte er zum Konteradmiral und Oberwerftdirektor in Wilhelmshaven auf. Sein Nachfolger als Oberwerftdirektor ist der Kapitän z. S. Kraß, bisher beim Reichsmarineminister, geworden. Ferner ist der Kapitän z. S. Tappert, Abteilungschef im Admiralstab der Marine, unter Beförderung zum Konteradmiral zum 3. Admiral der Aufklärungsflotte ernannt worden.

Feuilleton.

Rus Kunst und Leben.

* Residenz-Theater. Die beliebten Schwestern Elsa und Verta Wiesenthal waren wieder einmal zu einem Gastspiel gekommen und hatten recht viele Zuschauer angelockt. Von den fünf Nummern, die sie sangen, waren drei neu, aber diese neuen Lieder bedeuten keine Bereicherung des Programms. Der türkische Marsch von Beethoven ließ kalt, das Madrigal aus L'Arlésienne von Bizet, von Verta Wiesenthal allein geteilt, klang allerdings poetisch an, wie ein kleines Lied, doch schien die Künstlerin technisch nicht ganz sicher, und so kam der Rhythmus, überhaupt die ganze Leistung nicht abgerundet zur Geltung. Da ist Elsa Wiesenthal weitaus sicherer, ihr gehörten die Glieder unbedingt, und voller Leidenschaft sang sie allein Gollwoggs Gassenlied aus Childrens Corner von Debussy. Aber erst als beide Schwestern die bekannte Violetta-Polka von Joh. Strauß sangen und dann den Walzer aus „Ballet“ von Gounod, wurden die Zuschauer warm. Da erklang herzlicher Beifall, der Zugaben erzwang von den anmutigen Künstlerinnen, die hier immer wieder gern begrüßt werden. Den Tönen der Schwestern folgte Ingenieur ein erfolgreiches kleines Lustspiel „Kammermusik“, das den üblichen starken Beifall errang. B. v. N.

* Soiree im Zivil-Kasino. Zwei hier ganz unbekannte Künstler stellten sich gestern Abend einem ziemlich großen Zuhörerkreis vor: Jean-Louis Bisuisse und Max Bloßfeld. Journalisten, Chansonniers. Herr Bisuisse wählte sogleich einen Kontakt zwischen sich und dem Publikum herzustellen. Wer den Kasino-Saal in seiner ganzen Rückständigkeit kennt — und wer kennt ihn nicht — weiß, was das heißen will: Fremd sein und doch gleich vertraut werden. Der Künstler erzählte in beinahe ganz gutem Deutsch, wie ihnen beiden die Redaktionsstube zu dunkel wurde und wie sie sich hinaussetzten in die Welt, und wie sie jetzt umher-

Zu dem Offiziersbureau in Men. Rech. 27. Febr. Die Veranlassung zum Duell zwischen dem Leutnant Haage und dem Leutnant La Valette-St. George, bei dem der beleidigte Haage den Tod fand, ist in Vorgängen zu suchen, die sich auf einem Faschingsball abspielten. Leutnant La Valette war zu der jungen Frau des Kameraden in Beziehungen getreten, die, wie das Generalkommando mitteilt, selbst unter Berücksichtigung der Karnevalsstimmung einer schweren Kränkung des Ehmannes gleichkamen. Unter diesen Umständen war ein Pistolenduell unter den schwersten Bedingungen unvermeidlich. Leutnant Haage war ein allgemein beliebter und strebsamer Offizier. Er stand im 28. Lebensjahr und war erst seit kurzem verheiratet. Die Ehe war kinderlos. Er war der zweitälteste Leutnant des Regiments; er hatte ein Patent vom 14. Februar 1906 und gehörte der 5. Kompanie an. Sein Gegner ist einer der jüngsten Leutnants des Regiments; er wurde am 18. August 1911 Offizier und steht in der Maschinengewehrkompanie.

Eine Radfahrereinheit im Parademarsch. An der gestern mittag auf dem Kaiserplatz aus Anlaß des Geburtsfestes des Königs von Württemberg vor dem kommandierenden General v. Deimling veranstalteten Parade, bezog Vorbeimarsch, nahm auch zum erstenmal eine zufällig zu einer Übung nach Straßburg gekommene Radfahrereinheit der Jägerbataillone in Kolmar und Schleifstadt teil. Der Vorbeimarsch der Radfahrer erfolgte in Zugfronten zu 10 in flatter Gangart und die exakten Bewegungen sowie die gute Haltung der neuen Truppe fanden allgemeine Bewunderung.

Deutsche Schutzgebiete.

Der Abschied des Majors Werner von Grabert, eines unserer tüchtigsten Schutruppenoffiziere, ist nach einer Meldung der „Voss. Stg.“ am 24. Februar auf sein Besuch hin mit der gesetzlichen Pension und dem Recht zum Tragen der Uniform bewilligt worden. Gelegentlich einer Expedition, deren Führer Major Grabert war, verübten Araber Grausamkeiten an Frauen. Es wurde ihm daher der Vorwurf gemacht, schwarze Patrouillen ohne Führung von Weibern zu weit ausgesandt zu haben. Dieser Vorfall hat bekanntlich die Veranlassung zu dem Fall Schleinitz gegeben.

Die kaiserliche Disziplinarkammer für die Schutzgebiete trat am Donnerstag zum ersten Male seit ihrem Bestehen im Potsdamer Landgerichtsgebäude zusammen, um gegen den kaiserlichen Regierungsrat und früheren Referenten beim Gouvernament in Deutsch-Ostafrika Oberst Freiherrn von Waechter zu verhandeln. Der Prozeß betrifft Vorgänge, die schon im Februar 1912 das Bezirksgericht Dar-es-Salaam beschäftigt hatten. Das Urteil lautete damals auf Freisprechung mangels Beweises. Im Herbst 1912 leitete dann die Reichskolonialverwaltung ein Disziplinarverfahren ein, das lange nicht von der Stelle kam, nun aber zu der Verhandlung führte. Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, an einem amtlichen Schriftstück nachträglich eine kurze Ergänzung gemacht zu haben, entstellende Zeitungsberichte verfaßt und an Angehörige des Schutzgebietes verandt zu haben. Der Vertreter der Anklage beantragte nach dem Ergebnis der Untersuchung Dienstentlassung, gab aber anheim, dem Entlassenen auf Lebenszeit einen möglichst hohen Betrag der Pension zu lassen, da der Fall mit Rücksicht auf den krankenstandigen Gehalt des Angeklagten milder zu beurteilen sei. Der Angeklagte wurde des Dienstvergehens schuldig befunden und mit einem Verweis bestraft. Die Kammer erachtete als festgesetzt, daß Herr v. Waechter zwei Artikel veröffentlicht und einen versandt hat, und in den weiteren Anschuldigungen wurde Herr v. Waechter freigesprochen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die albanische Delegation. Wien, 26. Febr. Graf Verchold empfing heute mittag um 12½ Uhr den Besuch Effad-Pascha. Die beiden Staatsmänner hatten eine halbstündige Besprechung. Nachmittags um 5 Uhr fand zu Ehren der albanischen Delegation ein Diner beim Kaiser in Schönbrunn statt. Zur Audienz beim Kaiser wird Effad-Pascha voraussichtlich erst am Samstag erscheinen.

Belgien.

Nachtritt des Finanzministers. Brüssel, 27. Febr. Der belgische Finanzminister Lévie hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, das vom König angenommen wurde. Lévie hat sein Amt seit den letzten Neuwahlen für die Kammer

inne, die dem Lande durch die Annahme der Steuerprojekte so schwere Opfer auferlegte.

Der Ausgleich zwischen dem Staat und den Töchtern Leopolds II. Brüssel, 27. Febr. Der Text des gerichtlichen Ausgleichs zwischen dem belgischen Staat und den Prinzessinnen Stefanie, Luise und Klementine wurde vorgestern veröffentlicht. Er enthält die interessante Tatsache, daß der belgische Staat alle beweglichen und unbeweglichen Besitzgegenstände des verstorbenen Königs Leopold II., die rechtlich als dessen Privateigentum erklärt worden sind, um sehr hohe Summen zurückkauft. Die Güter an der Riviera, die Schlösser und Besitzungen in den Ardennen und in Ostende sowie zahlreiche Grundstücke in der Umgebung von Brüssel werden somit Staatseigentum. Die Prinzessin Stefanie, jetzige Gräfin Lomay, hat sich nur einige Familienbilder und etwas Tafelgeschirr aus dem Nachlaß ihres Vaters gesichert. Da der verstorbene König die Landgüter in den Ardennen zusammen mit der wahren Kaiserin Charlotte von Mexiko besaß, so hat der Staat auch den Anteil des Königs an diesen Gütern für 8½ Millionen aufgekauft. Ehe aber alle diese schwierigen Finanzgeschäfte erledigt sind, müssen noch Kammer und Senat ihr Jawort geben.

Frankreich.

Admiral Grany. Paris, 27. Febr. Gestern ist der frühere Marineminister Vizeadmiral Grany, der Dohr der französischen Seeoffiziere war, in Toulon gestorben. Grany, der ein Alter von 92 Jahren erreicht hat, war im Jahre 1888 Marineminister im Ministerium Floquet. Im Jahre 1899 wurde er zum zweitenmal Marineminister im Kabinett Girard.

Sur Verjüngung des Offizierskorps. Paris, 26. Febr. Generalstabschef Joffre hat im Einverständnis mit dem Oberkriegsrat und dem Kriegsminister einen Entwurf über die Verjüngung der Offizierskadres vorgelegt. Danach soll die Altersgrenze für Hauptleute von 53 auf 51, für Majore von 56 auf 54, für Oberleutnants von 58 auf 56, für Oberste von 60 auf 58, für Brigadegeneräle von 62 auf 60 und für Divisionsgeneräle von 65 auf 62 Jahre herabgesetzt werden. Der Generalstab, welcher diesen Entwurf ausgearbeitet hat, ist der Ansicht, daß vier Jahre genügen würden, um die geplante Verjüngung vollständig durchzuführen. Die daraus ersparenden Jahresausgaben werden auf etwa 10 Millionen veranschlagt.

Die parlamentarische Untersuchung über den Gesundheitszustand der Armee. Paris, 26. Febr. Entsprechend dem von der Kammer am Montag gefassten Beschluß ist der Gesundheitsausschuß zusammengesetzt, um sich mit der Untersuchung über den Gesundheitszustand der Armee zu befassen. Der Ausschuß hat fünf Untersuchungskomitees eingesetzt, welche die Aufgabe haben werden, in den verschiedenen Armeekorps die erforderlichen Untersuchungen an Ort und Stelle einzuleiten.

Der Streik der Schiffingenieure in Marseille. Paris, 27. Febr. Der Streik der Schiffingenieure in Marseille hat noch immer kein Ende gefunden. Die Tatsache, daß die Ingenieure das Schiedsgericht des Marinestrikers in Paris abgelehnt haben, hat hier sehr verstimmt. Man trägt sich bereits mit dem Gedanken, die Streikenden durch staatliche Anweisung zu ersetzen, damit der Handel und Verkehr nicht noch weitere empfindliche Unterbrechungen erleidet.

England.

Eine bedeutsame Rede des Vizepräsidenten. London, 27. Febr. Fürst Bismarck war gestern Abend Ehrgast bei einem ihm von der Londoner Handelskammer in Manchester gegebenen Dinner. Der Präsident der Handelskammer, Lord Southwark, führte den Vorsitz. Fürst Bismarck erklärte in Erwiderung auf den auf ihn ausgebrachten Toast, er sei der Überzeugung, daß der Handel zum gegenseitigen Vorteil beider Länder gereiche. Er freue sich über das Anwachsen des Handels und Verkehrs zwischen England und Deutschland, das der beste europäische Kunde des Inselreiches sei. Schon aus diesem Grunde müßten sich die beiden Länder gegenseitig beistehen. Der Handel bringe gegenseitigen Nutzen und fördere die gemeinsamen Interessen. Gutes Einvernehmen und gegenseitige Freundschaft seien daher wichtige Forderungen. Er hoffe, daß der Handel zwischen den beiden Ländern fortwähren werde, zu wachsen und zu gedeihen, zum Wohle beider Staaten und der zivilisierten Welt. Die Rede des Vizepräsidenten wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Für den Kanaltunnel. London, 26. Febr. Unter den Auspizien des Kanaltunnel-Komitees des Unterhauses fand

Der Beifall zum Schluß wollte nicht enden und die beiden Künstler, die aussehen wie zwei Vergulte in ihren ersten schwarzen Kleidern, können die Bewunderer mitnehmen, daß sie bei ihrem nächsten Auftreten in Wiesbaden einen ausverkauften Saal vorfinden. B. v. N.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Paul Strauss Mario-netten-Theater Münchener Künstler wird sich ständig in Berlin niederlassen und wird sein neues Heim am Kurfürstendamm beziehen. Die Einrichtung des Theaters besorgt Professor Wackerle.

E. B. Müller ist gelegentlich eines Gastspiels als „Striefler“ in „Der Raub der Sabinerinnen“ vom Fürsten von Schaumburg-Lippe mit dem Orden für Kunst und Wissenschaft 1. Klasse ausgezeichnet worden.

Wissenschaft und Technik. In London ist der Theologe Samuel Rolles Driver, der als Bibelforscher hervorgetreten ist, gestorben.

Die von Professor Orsi neuerdings unternommenen Ausgrabungen auf dem an der Nordseite des berühmten Minerva-Tempels von Strakus liegenden Minerva-Platz haben in diesen Tagen zu wertvollen Entdeckungen geführt. Man wußte bereits früher, daß vor dem Bau des Minerva-Tempels an dieser Stelle zahlreiche archaische Bauten standen, die abgetragen wurden, als der große Tempelbau begann. Bei den Ausgrabungen stieß man auf die Überreste dieser Bauten, und nun hat Orsi einen kleinen Tempel freilegen können, der einen wertvollen Einblick in die frühe Baugeschichte von Strakus gibt und dem 6. vorchristlichen Jahrhundert entstammt. Das Bauwerk, in dem zahlreiche Überreste von Wägen, die auf Opferhandlungen hindeuten, gefunden wurden, war ungewöhnlich reich mit bemalten Terrakotten geschmückt, deren Reste jetzt geborgen wurden. Den wichtigsten Fund aber bildet eine am Donnerstag entdeckte Medusengestalt, deren Farben ausgezeichnet erhalten sind und die ebenfalls dem 6. Jahrhundert v. Chr. entstammt.

eine große Versammlung von Geschäftsleuten statt, an der Vertreter des Kriegsministeriums und anderer Regierungsämter teilnahmen. Die Versammlung nahm einstimmig einen Beschluß zugunsten des Baues des Kanalstunnels an und drückte die Ansicht aus, daß der Tunnel die herzlichen Beziehungen Englands zu Frankreich und den anderen Kontinentalmächten steigern werde. Von zahlreichen bedeutenden Persönlichkeiten wurden Zuschriften verlesen, in denen der Bau des Tunnels befürwortet wird. Es wurde betont, daß der Tunnel für Englands Handel von großem Nutzen wäre, während er in Kriegszeiten leicht mit Dynamit zerstört werden könnte.

Das Schiedsgerichtsabkommen mit den Vereinigten Staaten. London, 26. Febr. Im Unterhause erklärte Grey auf eine Anfrage, das Schiedsgerichtsabkommen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von 1908 sei am 31. Mai 1913 erneuert worden. Er hoffe, daß die Ratifikationen in kurzem ausgetauscht würden. Wir erwägen gegenwärtig in Bezug auf den Vertrag zur Einsetzung einer Friedenskommission. Der Vertragstext wurde von den Vereinigten Staaten unterbreitet und scheint im allgemeinen annehmbar zu sein, wir müssen ihn jedoch mit den Regierungen der Dominionen in Erwägung ziehen, da gewisse besondere Verfügungen, die sie betreffen, darin gefordert werden.

Ein weiterer unionistischer Wahlerfolg. London, 27. Febr. Bei der Wahl im Landkreise Leith wurde Currie (Unionist) mit 5159 Stimmen gewählt. Smith (Lib.) erhielt 5143 und Bell (Arbeiterpartei) 3346 Stimmen. Der Wahlkreis war bisher durch den Liberalen Mure-Jerguson, der zum Generalgouverneur von Australien ernannt worden ist, vertreten.

Neue Schandtat der Suffragetten. London, 27. Febr. Eine der ältesten und schönsten Kirchen Englands, die Pfarrkirche in Whitechapel, ist gestern früh von Suffragetten niedergebrannt worden. In der Nähe der Brandstelle fand man Suffragettenliteratur und ein Plakat, das eine Warnung an Mac Kenna und Asquith enthielt.

Spanien.

Die Steuerunruhen in Valencia. Madrid, 27. Febr. Wie aus Valencia (nicht also Barcelona, wie es in einer gestrigen Drahtmeldung hieß) gemeldet wird, hat sich die Lage dort noch verschlimmert. Alle Truppen der Garnison sind mobil gemacht worden, so daß die Stadt sich in regelrechtem Belagerungszustand befindet. Jedweder Verkehr war unterbunden. Weder Straßenbahnwagen noch Omnibusse verkehrten. Das ganze öffentliche Leben ruht vollkommen. Für heute werden Truppenverstärkungen aus den umliegenden Garnisonen erwartet. Die elektrischen Werke, die Gasanstalt und andere Betriebe werden militärisch bewacht. Man glaubt, daß heute der Generalstreik einsetzt wird. Im Laufe des gestrigen Nachmittags fanden abermals heftige Manifestationen statt, wobei die Gendarmen mit Steinen beworfen wurde. Die Truppen feuerten zur Warnung mehrere Schüsse in die Luft, worauf sich die Manifestanten unter lautem Geschrei langsam zerstreuten.

Portugal.

Eine ernste Wendung des Eisenbahnstreiks. Madrid, 27. Febr. Sicheren Nachrichten zufolge hat der Streik der Eisenbahnarbeiter in Portugal eine Wendung zum Schleim genommen. Auf dem Bahnhof Rocio in Lissabon wurden zwei Bomben geschleudert, wodurch zahlreiche Personen verletzt wurden. Die telegraphischen Verbindungen sind vollkommen unterbrochen. Es verlautet, daß eine Abordnung Streikender beim Präsidenten der Republik vorstellig geworden sei, ohne jedoch von diesem vorgelassen zu werden. Diese Tatsache habe einen erneuten Ausbruch der Unruhen zur Folge gehabt. Verschiedene Eisenbahnstationen wurden von den Streikenden angegriffen und ein großer Teil des Schienennetzes zerstört.

Italien.

Die Lage in Tripolis und der Cyrenaika. Rom, 26. Febr. (Kam m e z.) Bei Beratung des Entwurfs, betreffend die Ausgaben für die Befestigung Libyens, ergriff der Kolonialminister Bertholini das Wort und behandelte eingehend die Lage in Tripolis und der Cyrenaika. Er hob die Erfolge hervor, die in Tripolis erzielt worden seien, und sollte dem Gouverneur Garioni und dem Obersten Miani Anerkennung, bei der Unterwerfung des umfangreichen Gebietes von Fezzan mit verhältnismäßig bescheidenen Mitteln erreicht habe. (Beifall.) Was die Cyrenaika anbetrifft, so erklärte der Kolonialminister, daß die bewundernswürdige feste Organisation des Widerstandes der Bevölkerung, die Enver-Bey und Agis zustande gebracht hätten, und der religiöse Fanatismus, aus dem diese Vorteil gezogen hätten, die Hilfe des ägyptischen nationalistischen Komitees und der kriegerische Charakter der Nomadenstämme zum guten Teil die Schwierigkeiten aufklärten, auf welche Italien bei der Durchdringung des Landes gestoßen sei, ganz abgesehen von der direkten Aktion des Scheichs der Semmisi. Dieser lenne sehr wohl die Grundzüge der Achtung vor der Religion, dem Familienleben und dem Eigentum der Eingeborenen, durch welche die Handlungsweise der italienischen Regierung bestimmt sei und immer bestimmt sein werde. Bei der offenen Feindseligkeit des Scheichs der Semmisi machte die italienische Regierung diesem niemals ein direktes Anerkennen für eine Verständigung, sondern stimmte nur zu, daß ein Eingeborener auf eine Einladung des Scheichs der Semmisi zum Zweck einer Besprechung sich zu ihm begab. Auch glaubte sie, sich nicht dem widersehen zu sollen, daß hervorragende Mohammedaner, weil sie überzeugt waren, daß die Fortdauer des Kriegszustandes der Bevölkerung zum Schaden gereichen müsse, sich in eigener Sache zu dem Scheich begaben, nicht etwa als italienische Beauftragte oder von Italien bevollmächtigte Unterhändler, um ihre Überredungskunst bei dem Scheich zu versuchen. Der Minister gab zum Schluß einen Überblick über das, was zum Wohle Libyens getan sei und noch geschehen solle. (Lebhafter Beifall.)

Rußland.

Die neuen Richtlinien der inneren Politik. Petersburg, 26. Febr. Wie dem Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus aus dem informierten Zirkel mitgeteilt wird, geht die Initiative für die neuen Richtlinien der inneren Politik vom Kaiser aus. Der Grundgedanke der vom Kaiser im Ministerrat am Montag gehaltenen Rede ist die Notwendigkeit der Durchführung des Oktobermanifestes, zu welcher die Vorbedingung die Einigkeit des Kabinetts in sich sowie die Zusammenarbeit mit den beiden Kammern sei.

Der Kaiser erkannte die Vorwürfe, die der Tätigkeit einzelner Ministerien gemacht werden, als berechtigt an. Die Rede, die einen tiefen Eindruck auf die Minister machte, beantwortete der Ministerpräsident mit der Erklärung, daß er mit allen Mitteln den Willen des Kaisers durchzuführen wolle.

Balkanstaaten.

Die Räumung Albaniens durch Griechenland. Athen, 26. Febr. Die griechische Regierung wies den Präsidenten von Korfu an, sich nach Durazzo zu begeben, um mit der Internationalen Kontrollkommission über die Fragen, die aus der Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete sich ergeben könnten, im Einvernehmen zu bleiben.

Mexiko.

Ermordung eines Franzosen. Paris, 27. Febr. Hier aus Mexiko eingelaufene Telegramme bestätigen die Ermordung eines französischen Untertanen durch Japantisten. Der Ermordete soll Simon oder Simson heißen. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt. In allen Kreisen macht sich jetzt auch hier starke Erregung bemerkbar. Die Ermordung des Franzosen wird wahrscheinlich Gegenstand einer Interpellation in der Kammer bilden, in der die Regierung ersucht werden wird, darüber Aufschluß zu geben, welche Maßnahmen sie gegenüber dieser neuen Mordtat zu ergreifen gedenkt.

Luftfahrt.

Ingenieur Paul Beech t. Apolda, 26. Febr. Der aus Apolda gebürtige Ingenieur Paul Beech, der Erfinder des Luftschiffes „B. 1“, ist im Alter von 50 Jahren im Marienhospital in Düsseldorf gestorben.

Eine neue Rekordleistung des russischen Fliegers Sikorsky. Petersburg, 27. Febr. Der Flieger Sikorsky ist mit 8 Passagieren von Petersburg über Gatchina nach Jaroslawle Selo und zurück geflogen. Der Flug, der in mehr als 1000 Meter Höhe und ohne Zwischenlandung ausgeführt wurde, dauerte 2 Stunden und 6 Minuten und stellt eine neue Höchstleistung dar.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Aus der Wiesbadener Fleischerei.

Bei sehr starker Beteiligung hielt gestern Abend die Fleischerei Wiesbaden unter ihrem Vorsitzenden Obermeister Kattner ihre Generalversammlung ab. Aus dem erstatteten Jahresbericht sei folgendes gesagt: Die schon seit einigen Jahren im Fleischerhandwerk herrschende Notlage hat in dem abgelaufenen Jahr noch keine Besserung erfahren. Die hohen Einkaufspreise für alle Viehgattungen machten es unmöglich, auch nur den kleinsten Verdienst zu erzielen. Die durch den Wegfall der Abgabe erleichterte und billigere Einfuhr von Fleisch direkt an die Kundschaft hat auch dazu beigetragen, den Konsum der hiesigen Metzger ganz erheblich zu verringern und in ihrem Verdienst zu schädigen. Die Knappheit an gutem Schlachtwild hielt das ganze Jahr an. Gute Ochsen und Rinder standen immer in gleich hohem Preis und waren in den seltensten Fällen unter 1 M. pro Pfund Schlachtgewicht zu erhalten. Auch der zu Anfang des Jahres etwas zurückgegangene Preis für Schweine ging bald wieder in die Höhe und hielt bis zum Schluss an, um dann wieder etwas zurückzugehen. Für Rinder wurden das ganze Jahr hindurch die schon im vorhergehenden Jahre so abnorm hohen Preise weiter bezahlt, und wenn das so weiter geht, dann wird man schließlich bald nur noch zu den Delikatessen rechnen können. Hammelfleisch dürfte auch bald ein Luxusartikel sein. Die Zahl der verachteten Tiere in der Viehvermehrung ist im abgelaufenen Jahre von 6150 in 1912 auf 6891 Stück Vieh in 1913 gestiegen, der Wert des Viehes von 3 199 278 M. auf 3 552 206 M. Bei 194 beanstandeten Tieren entfiel bei etwa 95 000 M. Entschädigung ein Reinerlust von über 90 000 M. Durch die immer weiter zurückgehenden Schlachtungen erreichten die Preise für Großviehhäute eine noch nie dagewesene Höhe. Die Kalb- und Hammelfelle waren das ganze Jahr über hoch im Preis und derselbe erhöhte sich noch bis zum Schluss des Jahres. Der Jahresumsatz in der Häutevereinigung liegt von 466 184 M. auf 554 978 M. In 104 Auktionen wurden ferner 100 282 Großviehhäute, 258 785 Kalbfelle und 105 946 Hammelfelle umgesetzt. Die Mitgliederzahl ist von 113 auf 120 gestiegen. Die Einnahmen der Innung betrugen 1430 M., die Ausgaben 1000 M. Das Gesamtvermögen der Innung beträgt 49 685 M. — Bei dem Punkt Lehrlingswesen konnte der Obermeister erhebliche Fortschritte in der Beschulung der Lehrlinge konstatieren und dabei bemerken, daß jetzt in den Lehrplan noch ein sogenannter Fachunterricht aufgenommen werden soll, der in den Monaten Oktober bis April stattfinden wird. Ein neuer Meisterprüfungskursus hat gestern Abend seinen Anfang genommen. Der demnächst stattfindende Buchführungskursus für Metzgerfrauen und -kinder wird eine rege Beteiligung aufweisen. Bezüglich der Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung wurde beschlossen, daß der von den Angestellten gesetzlich zu tragende Teil der Beiträge auch von diesen geleistet werden; diejenigen Meister, die früher Abzüge nicht vornahmen, künftig solche auch stattfinden lassen, ihren Gehältern usw. dann aber vielleicht eine Lohnherabsetzung gewähren. Eine Kommission aus den Mitgliedern Vender, Hartmann, Albert Baum, Wilms und Gaiser wurde gebildet, die jeweils prüfen soll, ob bei den herrschenden Reichpreisen ein Preis auf- oder abschlag für das Fleisch geboten erscheint. Eventuelle Preisveränderungen sollen dann dem Publikum durch die Presse mitgeteilt werden. Auch die Frage der allgemeinen Wiedereinführung des Verkaufs des Schweinefleisches mit Beilage soll von dieser Kommission geprüft werden. Nach Besprechung der einzuführenden Sonntagsruhe und weiterer interner Fragen schloß der Obermeister die anregend verlaufene Generalversammlung.

— Eine technische Beratungsstelle ist beim Zentralverband des „Gewerbevereins für Nassau“ daher eingerichtet, welche sich bereits einer starken Inanspruchnahme zu erfreuen hat. Handwerker und Gewerbetreibende werden auf Wunsch darin insbesondere über die technische Einrichtung und Ausgestaltung ihrer Betriebe namentlich bei der Anschaffung und Verwendung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, beraten. U. a. der Dampfkefeler-Verband in Frankfurt, ebenso derjenige in Koblenz und in Siegen haben sich bereit erklärt, durch Vermittlung der Geschäftsstelle des Gewerbevereins

teils unentgeltlich, teils gegen mäßige Gebühren auf Befragen Rat und Auskunft zu erteilen. In der letzten Zeit eingegangene Anfragen betrafen den Preisunterschied zwischen Dampf- und elektrischem Betrieb. Natürlich spielen die örtlichen Verhältnisse dabei eine Hauptrolle. Gerade die Schwierigkeit, in solchen Fragen einen unparteiischen, nicht durch Sonderinteressen beeinflussten Rat zu erhalten, einen Rat, der alle örtlichen Verhältnisse in Rücksicht nimmt, bildet den hohen Wert derartiger Beratungen. Der Vereinsvorstand wird sich Mühe geben, zu erwirken, daß die Gebühren für die Raterteilung aus den allgemeinen Mitteln für die Gewerbeverbesserung bestritten werden.

— Fahrgefahr für Automobile. Dem Publikum ist vielfach noch nicht bekannt, welche Vorschriften hinsichtlich der Fahrgefahr für Automobile bestehen. Es werden daher die einschlägigen Bestimmungen auszugsweise hier mitgeteilt: Durch Bekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten vom 14. September 1911 ist für Kraftfahrzeuge, deren Gesamtgewicht 55 Tonnen nicht übersteigt, innerhalb der geschlossenen Ortsteile des Regierungsbezirks eine Höchstgeschwindigkeit von 20 Kilometer in der Stunde festgesetzt. Für Kraftfahrzeuge von mehr als 55 Tonnen Gesamtgewicht — darunter sind die Lastkraftwagen verstanden — beträgt die überhaupt zulässige Höchstgeschwindigkeit 12 Kilometer in der Stunde. Von besonderem Interesse dürften noch folgende Bestimmungen aus der Verordnung des Bundesrats vom 3. Februar 1910 über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen sein: „Die Fahrgefahr ist jederzeit so einzurichten, daß Unfälle und Verkehrsstörungen vermieden werden, und daß der Führer in der Lage bleibt, unter allen Umständen seinen Verpflichtungen Genüge zu leisten. Auf unübersichtlichen Wegen, insbesondere nach Eintritt der Dunkelheit oder bei starkem Nebel, beim Einbiegen aus einer Straße in die andere, bei Straßenkreuzungen, bei Straßeneinmündungen, bei scharfen Straßenkrümmungen, bei der Ausfahrt aus Grundstücken, die an öffentlichen Wegen liegen, und bei der Einfahrt in solche Grundstücke, bei der Annäherung an Eisenbahnübergänge in Schienenhöhe, ferner beim Passieren enger Brücken und Tore sowie schmaler oder abschüssiger Wege sowie da, wo die Wirksamkeit der Bremsen durch die Schlupfrigkeit des Weges in Frage gestellt ist, endlich überall da, wo ein lebhafter Verkehr herrscht, muß langsam und so vorsichtig gefahren werden, daß das Fahrzeug sofort zum Halten gebracht werden kann.“ — Zur Vermeidung von Geräusch und Vibrationen bestehen folgende Vorschriften: „Der Führer ist insbesondere verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß eine nach der Beschaffenheit des Kraftfahrzeugs vermeintbare Entzündung von Geräusch, Rauch, Dampf oder ähnlichen Geruch in keinem Fall eintritt. Das Öffnen etwa vorhandener Auspuffklappen ist verboten.“ Die Veröffentlichung obiger Bestimmungen soll bezwecken, das Publikum über die Vorschriften zu unterrichten, damit es selbst in der Lage ist, gegen die Wagenführer, welche den Vorschriften zuwiderhandeln, Anzeige zu erstatten.

— Wiesbadener als Kongressstadt. Wie uns mitgeteilt wird, hält der Main-Weber-Bau des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbands Samstag, den 14. März, hier seinen 17. Vorstand ab. Tags darauf findet hier der 9. Handlungsgehilfenkongress für Hessen und Nassau statt. Während der 14. März Sachen des Hauses gewöhnlich ist, wendet sich der Handlungsgehilfenkongress an die Gesamtheit der hiesigen kaufmännischen Angehörigen. Die Tagesordnung für letzterwähnte Veranstaltung umfaßt folgende Punkte: 1. Der Segen der Kaufmannsgerichte und die Notwendigkeit ihrer Ausdehnung; 2. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung im Handelsstand; 3. Schlußwort.

— Wiesbadener Kaufmanns-Erholungsheim. Im Kaufmanns-Erholungsheim bei Schaafhausen sind zurzeit etwa dreißig der Erholung Bedürftige untergebracht. Während des Winters ist auch der Dachboden zu Logiszwecken umgebaut worden, so daß zurzeit die Möglichkeit besteht, etwa 150 Personen aufzunehmen.

— Sonntagsruhe in Handel und Gewerbe. In der für heute Abend 8 1/2 Uhr in die „Turngesellschaft“, Schaafbacher Straße 8, einberufenen Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei wird Herr Hecht (Frankfurt) über das obige Thema sprechen.

— Zu dem Fliegerunfall, der sich, wie gemeldet, gestern nachmittag bei Bietstadt ereignete, ist weiter zu berichten, daß die erforderlichen Reparaturen an dem Doppeldecker bis heute mittag noch nicht beendet werden konnten. Schuld daran trägt hauptsächlich der besonders in den Höhenlagen herrschende lebhafteste Wind. Man hofft trotzdem aber, den Aufstieg und die Rückkehr nach Darmstadt noch im Lauf des Nachmittags vornehmen zu können. Das eine große Menge Zuschauer alsbald am Platz waren, ist selbstverständlich. Der Platz wurde polizeilich abgesperrt und während der Nacht hielt eine vierfache Wache unserer kaiserlichen Wache. Die nächste Station des Flugzeugs ist Heidelberg.

— Ein Schwindlerbärchen, das die christlichen Hospize in der näheren und weiteren Umgebung aufsuchte, dort mehrere Tage logierte und dann unter Hinterlassung der Zechschuld wieder verschwand, ist hier von der Polizei festgenommen worden. Die Verhafteten sind der Heizungsmeister und Schreiner August Deventer und seine Geliebte Elisabeth Scherer, geschiedene Giesemann. Beide stammten aus Westfalen und sind 25 Jahre alt. Sie logierten unter falschen Namen zuletzt in Frankfurt, Marburg und Wiesbaden. In Marburg nahmen sie auch noch einen Schirm, der ihnen nicht gehörte, mit.

— Verlorne Nachrichten. Regierungsrat Schwerin in Wiesbaden ist zum Mitgliede des Reichsausschusses in Arnheim und zum Stellvertreter des Regierungspräsidenten im Vorfig dieser Behörde mit dem Titel eines Verwaltungsgeschäftsdirektors auf Lebenszeit ernannt worden.

— Kleine Notizen. Am 1. März werden es 21 Jahre, daß Frau ein Katharine Seel aus Alfenhof bei Aachensteden in Diensten bei Fräulein Römer, Schiersteiner Straße 11, steht.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes. — Königl. Schauspiele. Die Reihenfolge der Abonnementslokalitäten für die nächste Woche ist folgende: Sonntag 6. Montag C. Dienstag D. Mittwoch aufgebobenes Abonnement. Donnerstag aufgebobenes Abonnement. Freitag A. Samstag C. Sonntag aufgebobenes Abonnement. Montag Sinfoniekonzert.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— Viehtrieb, 26. Febr. Beim hiesigen Viehtriebungsamt wurden heute mit für die Wehrer aus den Kreisen der Kreisvereine, Vereinigungen für Heiderbau durch die Zeitnahme an Stangen bezahlt. Man war mit diesem Rodus oben und den Arbeiter-Beisitzer die gleiche Vergütung nach einer amtlichen Mitteilung die D-304 D 50 Köln Wiesbaden, ab Viehtrieb-Welt 857 Uhr nachmittags, D 51 Wiesbaden.

Köln, ab Viehbrich West 1.25 Uhr nachmittags, und D 49 Frankfurt-Köln ab Viehbrich-Ost 10.44 Uhr vormittags, nicht mehr an den hiesigen Stationen halten zu lassen. Die Maßregel soll gleich nach dem Umbau des Kölner Hauptbahnhofes in Kraft treten und mit der notwendigen Beschleunigung dieser rechtsrheinischen Züge begründet werden. Der Verschönerungsverein sowie die Verkehrscommission wollen gegen diese Maßregel Einspruch erheben, weil sie in ihr eine schwere Schädigung der städtischen Verkehrsinteressen erwarten. Namentlich der Zug D 49 bringt im Sommer aus Frankfurt oft so viele Passagiere für den um 11.30 Uhr hier abgehenden Schnellzug, daß die elektrische ab Bahnhof-Ost den Verkehr öfter nur unter Einstellung von Anhängern bewältigen kann.

— Vom Rhein, 26. Febr. Der Rhein ist seit gestern um einen Viertel Meter gefallen; das Wasser geht stetig zurück. — Nachdem gestern das Stau Frankfurt und Kassel im Kanal-System Rhein wieder hergestellt wurde, hat man heute mit dem Aufbruch der Wehre Höchst und Kassel begonnen.

Nassauische Nachrichten.

Die Verlegung der Staatsbahn bei Nüdesheim. — Nüdesheim, 26. Febr. Im Januar 1913 hat der hiesige Magistrat an das Abgeordnetenhaus die Bitte gerichtet, ein an der Eisenbahnminister gerichtetes Gesuch um Verlegung der Staatsbahn auf die Nordseite der Stadt Nüdesheim zu unterstützen. Auf Beschluß des Abgeordnetenhauses ist diese Petition zur Berücksichtigung überwiesen worden. Das an den Minister gerichtete Gesuch wurde abgelehnt, weil auf Grund eingehender Prüfung der Verhältnisse feststehe, daß die Verlegung der Bahnstrecke nur in einem Tunnel von rund 1300 Meter Länge erfolgen könne, wobei ein Gesamtaufwand von 11 bis 12 Mill. M. entfiel. Dabei sei die Anordnung von Weichen für die zur neuen Rheinbrücke abzuwendenden Geleise unmittelbar vor dem östlichen Tunnelende unüberwindlich. Eine derartige Anlage gestalte die Aufstellung der Signale an deutlich sichtbarer Stelle nicht und somit ergehe sich aus Gründen der Betriebssicherheit die Unausführbarkeit der nördlichen Bahnführung überhaupt. Auf Vorschlag des Landtagsabgeordneten Geheimen Kommerzienrats Barling, welcher die Nüdesheimer Sache im Landtag vertritt, hat der Magistrat den Königl. Eisenbahn- und Verkehrsminister a. D. Mühlens an Wiesbaden mit einer Nachprüfung der einschlägigen technischen Fragen betraut. Diese Prüfung ergab, daß die in dem Bescheid des Ministers betonte Schwierigkeit nicht unüberwindlich sind, und daß die nördliche Bahnführung in vorteilhafter Anlage unter wesentlichen Verbesserungen der Linienführung und der Steigungsverhältnisse der bestehenden und in Ausführung begriffenen Staatsbahnlinien mit einem Gesamtaufwand von rund 8½ Mill. M. durchführbar erscheine. Das von dem genannten Sachverständigen sehr eingehend bearbeitete Projekt hat der Magistrat im Dezember 1913 vorgelegt und jetzt den Bescheid erhalten, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten die Vornahme allgemeiner Vorarbeiten für einen Umbau des Bahnhofs Nüdesheim bei etwaiger Verlegung der Bahnhofsanlagen von Weidenheim nach der Nordseite der Stadt Nüdesheim angeordnet hat. Wenn auch diese Vorarbeiten zunächst nur die eingehende Prüfung der Grundlagen des Mühlensschen Projektes betreffen, so spricht doch die Anordnung derselben dafür, daß die Staatsbahndirektion ihren arbeitsmäßig absehbaren Standpunkt aufgegeben hat. Die von verschiedenen Zeitungen geäußerte Mitteilung, der Minister habe die nördliche Bahnlinie schon genehmigt, ist unzutreffend. Eine Entscheidung in einer immerhin schwierigen Eisenbahnfrage kann selbstverständlich nur auf Grund einer Projektuntersuchung der Organe der Staatsbahndirektion erfolgen. Der Magistrat hat jetzt eine Denkschrift über die Bahnführung bei Nüdesheim herausgegeben, die eine Darstellung des Mühlenschen Projekts enthält.

— Gamburg, 26. Febr. In der Sitzung der Stadtkommissionen-Versammlung vom 26. Februar wurde der Rechnungsvoranschlag der Stadt beraten und im Einklang und Ausgabe auf 238.961.80 M. festgesetzt. Die städtischen Betriebsverwaltungen, Wald, Elektrizitätswerk und Wasserwerk, konnten wieder mit erheblichen Überschüssen versehen werden, so daß eine Erhöhung des seitherigen niedrigen Zuschlages von 140 Proz. zur Staatskommunikation nicht erforderlich war, trotz der erneuten Bereitstellung sehr erheblicher Mittel für Straßenbau- und gemeinnützige Anlagen.

— Limburg, 26. Febr. Eisenbahnlokomotivführer a. D. Ludwig hier selbst wurde das Verdienstkreuz in Silber zuerkannt. — Der Gesamtschatz der Stadt für 1914/15 übersteigt mit einem Betrage von 1.054.817.60 M. (gegen 995.042 M. im Vorjahre) zum erstenmal den Betrag von einer Million. Es sind dieselben Steuerzuschläge vorgesehen wie im laufenden Jahre, außer bei der Betriebssteuer, bei der die Zuschläge, einer Anregung des hiesigen Wirtschaftsvereins entsprechend von 2½ auf 100 Proz. ermäßigt sind.

— Nüdesheim (Unterlahnkreis), 26. Febr. Obersteiger Schwarz von hier erhielt das Verdienstkreuz in Gold.

— Seelbach (Oberlahnkreis), 26. Febr. Bei der hier stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung wurde in der 3. Klasse Schmiedemeister Heinrich Wolf wieder- und Baureisemeister Hermann Göbel neugewählt in der 2. Klasse wurde Landmann Gottfried Wilschauer wiedergewählt, in der 1. Klasse Baumeister Hermann Guth wieder- und Landmann Peter Schäfer neugewählt.

— Kallenberg (Oberlahnkreis), 26. Febr. Dieser Tage konnte unter Gemeindevorstand Müller auf eine 30-jährige ununterbrochene Dienstzeit zurückblicken. Gleichzeitig wurde der 75 Jahre alte Jubilar abermals auf sechs weitere Jahre gewählt.

— Nüdesheim (Oberlahnkreis), 26. Febr. Einen Brandstiftungsfall führten zwei hiesige Schulkinder, indem sie einen in der Nähe des Bahnhofs stehenden Strohhäufen, der etwa 50 Zentner Stroh enthielt, anzündeten, so daß dieser vollständig verbrannte.

— Nüdesheim (Oberlahnkreis), 26. Febr. Eine größere Anzahl Landwirte aus Nüdesheim und verschiedenen Orten der Umgegend haben sich zu Zweck besserer Verwertung ihrer Milchprodukte zur Gründung einer Dampfmolkerei-Gesellschaft zusammengeschlossen. Der Sitz der Genossenschaft, der bisher bereits 66 Mitglieder beigetreten sind, ist in Nüdesheim.

— Marienberg (Bekkenwald), 26. Febr. Der Frau des Kreisrates Morgenstern, Elisabeth Morgenstern geb. Schölen, ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden.

Aus der Umgebung.

Zur Fremdenlegion verschleppt?

Id. Mainz, 27. Febr. Hier wurde gestern am Rheinufer eine Flaschenpost angetrieben. Die Flasche enthielt einen Zettel mit folgendem Aufschrift: „Wir sind zur Fremdenlegion verschleppt. Befreit uns schnell.“ Der Zettel war datiert: Straßburg, 1. Dezember 1913, und war unterschrieben von E. Gohsamer, Adam Raufschold, Ludwig Gölle und Karl Garbenburg. Es ist festgestellt, daß der Unterzeichnete Gölle seit Ende November vermißt wird. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Brandunglück in Bingen.

m. Bingen, 27. Febr. In der letzten Nacht brach aus noch nicht aufgeklärter Ursache im Wohnhaus des Landwirts Georg Dory 2. ein Feuer aus, das alsbald das ganze Gebäude umfaßte. Trotz aller Anstrengungen der Feuerwehr konnte der Brand nicht auf seinen Herd beschränkt werden.

den. Das Feuer griff auf die nebenliegenden Grundstücke von Johann Stumm 8. und Anton Zafner über. In kurzer Zeit waren drei Wohnhäuser und eine Scheune vollständig eingestürzt. Der Schaden ist bedeutend.

wb. Wehlar, 27. Febr. Der Bürgermeister der Stadt Wehlar v. Jengen hat aus Gesundheitsrücksichten seine Pensionierung beantragt. Die Stadtverordneten haben beschlossen, die Stelle auszuscheiden.

wb. Steindorf bei Wehlar, 27. Febr. Bei Holzschlägerarbeiten im hiesigen Gemeindegelände wurde heute der 42-jährige Landwirt Peter Heiland von einem niederstürzenden Baum erschlagen.

Sport und Spiel.

sr. Die Generalversammlung des Vereins für Hindernisrennen (Karlsdorf) fand am Donnerstag unter Leitung des Präsidenten General F. von Schmidt-Pauli in Berlin, Hotel Kaiserhof, statt. An dem Glanzentwurf 1914 ist zu entnehmen, daß an Rennpreisen vom Verein im nächsten Jahre 995.700 M. gezahlt werden. Hierzu kommen noch vom Union-Haus 118.545 M., 4000 M. Gradiert-Preise und 15.380 M. Mark Einsätze für den Sieger, was die Summe von 1.133.625 M. ergibt. Der Verein für Hindernisrennen mußte sich jedenfalls mit Rücksicht auf seine sehr erheblichen Unkosten für die Neubauten, die im Glanzentwurf mit 400.000 M. figurieren, einige Beschränkung bei der Aussetzung der Geldpreise auferlegen. Wiesbaden erhält 30.000 M., Hagen 15.000 M., Röhreburg für das vom Verein für Hindernisrennen geschaffene große Quersfelde-Rennen 8000 M., Münster 6000 M., der Verband deutscher Reiter- und Pferde-Zuchtvereine, Ludwigslust, 5000 M., Heringsdorf 3000 M. und Stuttgart-Weil ebenfalls 3000 M. Subvention, zusammen also 90.000 M. gegen nur 88.000 M. im Vorjahre. In den Ausschuss wurden Rittmeister O. v. Jobeltitz und Graf Borde-Stargorke gewählt.

* Die Europameisterschaft im Eishockey. Am zweiten Tag siegte Deutschland gegen Belgien mit 4:1, Halbzeit 3:0. Für das ausgefallene Spiel zwischen Schweiz und Dänemark spielte der Berliner Schlittschuhklub gegen die böhmische Mannschaft mit 2:2 unentschieden.

Letzte Drahtberichte.

Das Programm des Reichstags.

S. Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der Senatskommission des Reichstags trat heute vor der Plenarsitzung zusammen und beschloß, die Beschlussempfehlung, die morgen dem Reichstag zugehen wird, bereits auf die Tagesordnung der Montagssitzung zu setzen. Die Vorlage wird ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen und Dienstag zur Beratung gestellt werden. Die Budgetkommission wird dann die durch die Beschlussempfehlung geänderten Positionen in den Etat einarbeiten. Das Plenum wird bei den einzelnen Etats die mit der Beschlussempfehlung zusammenhängenden Fragen einweisen auscheiden, bis die Kommission ihre darauf bezügliche Beratungen beschlossen hat. Im Plenum wird nach dem Abschluß des Etats der Reichsbahnverwaltung der Postetat und im Anschluß daran das Postgesetz in zweiter Lesung beraten werden.

Pressestimmen zum Fiasko der Tabern-Kommission.

S. Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Berliner Blätter kommen nur sehr vereinzelt nochmals auf das Ende der Tabern-Kommission zu sprechen. Als einziges rechtsstehendes Blatt stimmt die freikonservative „Post“ einen Jubelsturm über „die Kommission auf Abbruch“ an. Die „Morgenpost“ wirft die Schuldfrage auf und meint, sie lasse sich schwer wenn überhaupt beantworten. In maßgebenden Zentrumskreisen schiebt man die Schuld auf die verfehlte Taktik der Freisinnigen. Eine Verlagerung hätte die einzige Möglichkeit geboten, daß doch noch etwas zustande gekommen wäre. Augenscheinlich will das Zentrum mit solchen Vorwürfen nur den eigenen Umfall bemänteln. Das „Tageblatt“ meint, daß dieser Umfall den Zentrumsleuten durchaus nicht leicht geworden sei, denn für sie sei die Sorge maßgebend gewesen, die konservative Agitation möchte es zur Auflösung des Reichstags treiben. Eine Auflösung treffe aber keine Partei in ungünstiger Lage als das Zentrum, das die unüberwindlichen Folgen des Kulturkampfes im eigenen Lager zu fürchten hätte. In einem Augenblick, wo der gesamte Episkopat im schärfsten Gegensatz zur politischen Partei steht, könne das Zentrum keine Auflösung gebrauchen. Der „Vorwärts“ blickt ziemlich trübe in die Zukunft. Er schreibt: Die alte Kartellmajorität, die heute in der Tabern-Kommission so prompt funktioniert hat, wird auch in Zukunft immer fester in Erscheinung treten und die Konservativen können, so wenig sie auch nach den letzten Wahlen geworden sind, sich mit Stolz sagen, daß ihre Herrschaft heute so fest steht wie je. Dank der nationalliberalen Unterwerfung.

Der Etat für Deutsch-Ostafrika in der Budgetkommission.

S. Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigte sich heute mit dem Etat für Ostafrika, die Denkschrift über die Abschaffung der Hausflaberei befriedigte weder die Sozialdemokraten noch das Zentrum. Die Reise des Kronprinzen nach Ostafrika wurde von den Vertretern der bürgerlichen Parteien begrüßt und der Wunsch geäußert, die Kosten für die Reise in den ordentlichen Etat einzustellen. Zur Vorbereitung einer wirksamen Bekämpfung der Tropenkrankheiten und damit zugleich des Bevölkerungsrückgangs der Eingeborenen empfahl der Berichterstatter die Schaffung eines Lehrstuhls für Tropenpathologie an der Berliner Universität. Ein Sozialdemokrat brachte den Fall Schleinitz-Graver zur Sprache. Staatssekretär Solz erläuterte den Fall. Es seien tatsächlich Grausamkeiten in Uganda vorgekommen, aus denen er die Folgerung hätte ziehen müssen, die zuständigen Militärstellen seien mit ihm der Meinung gewesen, daß diese Grausamkeiten durch die verantwortlichen Stellen hätten gesahnet werden müssen. Dem Kommandeur sei es zur Last zu

legen, daß er von den Vorfällen keinen Bericht erstattet und die Bestrafung Graveris nicht verlangt habe. Ob ein Verstoß des Graveri vorliege, werde untersucht. Das bestehende Verbot, farbige Soldaten zu entlassen, sei aufs neue eingeschränkt worden. Schleinitz sowohl wie Graveri würden nicht wieder im Schutzgebiet Verwendung finden. Auf eine weitere Anfrage erklärte der Staatssekretär nochmals, er könne die Verantwortung für Beseitigung der Hausflaberei bis zu einem bestimmten Termin nicht übernehmen. Eine Entschließung des Kaisers über die finanzielle Seite der Kronprinzenreise wie überhaupt über Einzelheiten liege noch nicht vor.

Zur Entlassung der Witwe Hamm aus dem Zuchthaus.

Δ Elberfeld, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht) Von der Wendung ihres Schicksal erfuhr Frau Hamm erst gestern früh im Lazarett, in das sie schon im September vorigen Jahres gebracht worden war. Dort erschien gestern morgen der Direktor der Siegburger Strafanstalt, trat an das Bett der Frau Hamm und fragte diese, sie wolle doch gern wieder frei sein, worauf Frau Hamm erwiderte, ja, denn ich bin unschuldig. Nun, so meinte der Direktor, ich habe ein Schreiben der Staatsanwaltschaft erhalten mit der Anweisung, sie sofort zu entlassen. Frau Hamm war in dem Glauben, daß sie begnadigt und ihr der Rest der 14-jährigen Zuchthausstrafe erlassen worden sei. Daß die Elberfelder Strafkammer dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben hatte, erfuhr sie erst durch einen Journalisten nach ihrer Entlassung. Da es ausgeschlossen war, daß Frau Hamm allein in ihre Heimat Händersbach fahren konnte, gab man ihr eine Aufseherin als Begleiterin mit. Frau Hamm scheint sich kaum der wiedergewonnenen Freiheit zu freuen; sie blieb teilnahmslos, als sie in die so vertraute Umgebung von Händersbach kam und auch die herzliche Begrüßung der Bevölkerung von Händersbach machte keinen allzustarken Eindruck auf sie. Nur einen Augenblick schien sie wieder aufzuleben, als man ihr aus einer Schar von Kindern einen sechs-jährigen Jungen zuführte, den sie herzte und küßte. Es ist ihr zweites Kind, es war ein Säugling von 14 Tagen, als sie durch den Kriminalkommissar von Tressow verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Elberfeld gebracht wurde. Nach sechs Jahren sah sie heute ihr Kind zum ersten Male wieder. Der Junge sah schon auf die fremde Frau im schwarzen Trauerkleid, die ihn umarmte und küßte. In der ersten Zeit ihrer Haft in der Strafanstalt Siegburg hat sich Frau Hamm noch gegen ihr Schicksal aufzuleben versucht, sie hat einen Antrag nach dem anderen auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt und sich durch Ablehnung der Anträge nicht einschüchtern lassen, bis schließlich die große Apathie über sie kam und sie nichts mehr unternehmen wollte. Sie hat auch von dem letzten Antrag, der schließlich zum Erfolg führte, nichts gewußt. Sie ist in der Strafanstalt zuerst mit Stricken, später an der Nähmaschine beschäftigt worden. Sie wurde aber immer schwächer, so daß sie schließlich im September vorigen Jahres in das Lazarett gebracht werden mußte, das sie bis zu ihrer Entlassung nicht mehr verließ. Vor 14 Tagen ist sie vor dem Untersuchungsrichter als Zeugin vernommen worden, in dem Verfahren gegen J. m. c. a. m. und K. u. l. h. o. n., die jetzt verurteilt sind, den Mord an dem Bauerngutbesitzer Hamm verübt zu haben.

Barthou gegen das Kabinett Doumergue-Cailaux.

wb. Paris, 27. Febr. Der frühere Ministerpräsident Barthou hat bei einem Bankett der Alliance Democratique eine Rede gehalten, in der er die Haltung des Kabinetts Doumergue-Cailaux insbesondere in der Frage der dreijährigen Dienstzeit einer scharfen Kritik unterzog. Er erklärte, daß die aus Außer gelangten Führer der Radikalen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Dreijähriges betont hätten. Die Kandidaten der radikalen Partei allerdings schienen die Absicht zu haben, entsprechend dem Programm des Kongresses von Pau vor ihrer Wählerchaft für die allmähliche Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit einzutreten. Frankreich werde sich von dieser Doppelzüngigkeit, welche geradezu seine Existenz bedrohe, nicht hintergehen lassen. Die Sozialisten hätten darauf verzichtet, diese Frage in der Kammer aufzuwerfen, um der Regierung keine Verlegenheiten zu bereiten. Es werde Sache der Republikaner, der demokratischen Alliance und des Verbandes der Linken sein, im Parlament oder vor dem Lande eine offene Auseinandersetzung darüber herbeizuführen.

Wilson gegen eine Intervention in Mexiko.

wb. Washington, 27. Febr. Präsident Wilson erklärte heute mit Bezug auf den Fall Denton, es sei keine Rede davon, Truppen zu entsenden, um sich in den Besitz der Leiche Dentons zu setzen. Die amerikanische Regierung erhalte nach und nach über den Vorfall Meldungen aus erster Hand und hoffe, in einigen Tagen in den Besitz aller Einzelheiten gelangt zu sein. Der Präsident sagte weiter, er habe positive Mitteilungen, daß Carranza nicht mit der Absicht umgehe, eine unabhängige Regierung im nördlichen Mexiko zu unterhalten. Carranza habe erklärt, er denke gar nicht daran, Was Guerra betreffe, habe er Nachrichten erhalten, daß dieser von außergewöhnlichen Mitteln Gebrauch gemacht habe, um sich in den Besitz von Geld zu setzen. Er lege jetzt allgemein in willkürlicher Weise den Mexikanern Kontributionen auf, was die Entrüstung der Bedrohten hervorruft. Der Präsident bemerkte weiter, er könne keine Parallele zwischen den jetzigen Verhältnissen in Mexiko und denen in China zur Zeit der Vorkriegsruhen finden. Seiner Meinung nach könne keine bewaffnete Macht auf Grund einer völkerrechtlichen Bestimmung in Mexiko gelandet werden, ohne Krieg hervorzurufen, es sei denn, die Landung geschehe mit Einwilligung der mexikanischen Regierung.

Wiesbadener Handelskammer.

W. Wiesbaden, 27. Februar.

In der heutigen Plenarsitzung der Handelskammer, die unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Fehr-Flach stattfand, begrüßt der Vorsitzende zunächst das neu in die Kammer eingetretene Mitglied Selbstfabrikant Karl Henckell (Wiebich) und gedenkt dann mit Worten warmer Anerkennung des seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieds Kommerzienrat Koch (Wiesbaden), welcher stets bemüht gewesen sei, die bestehenden Gegensätze zu vermitteln, und welcher sich besonders nach der Richtung der Wahrung der Verkehrsinteressen hervorgetan habe. 24 Jahre habe er in der Kammer gewirkt. Die Kammer erhebt sich zu Ehren des Gedächtnisses des Verstorbenen von den Sitzen. Gestorben ist des weiteren das frühere Mitglied der Kammer, Kaufmann Schürmann (Wiebich). Der Vorsitzende gedenkt anerkennend auch seiner Tätigkeit in der Kammer und die Anwesenden ehren auch sein Andenken, indem sie sich von den Klagen erheben. — Sodann beschäftigt sich die Versammlung mit den Wahlen. Der seitherige Vorstand, bestehend aus Kommerzienrat Franz Fehr-Flach (Wiesbaden) als Vorsitzender, Geh. Kommerzienrat Dr. W. Kalle (Wiebich) als erster stellvertretender Vorsitzender, Kaufmann L. D. Jung (Wiesbaden) als zweiter stellvertretender Vorsitzender und Weinbändler Hugo Wagemann (Wiesbaden) als Kassendirektor, wurde wiedergewählt.

In den Ausschuss für Handels-, Gewerbe- und Zollangelegenheiten wurden Konful Eugen Gradenwitz (Wiesbaden), Justizrat Dr. A. Häuser (Höchst), Geh. Kommerzienrat Dr. W. Kalle (Wiebich), Schaumweinfabrikant Henckell (Wiebich) an Stelle von C. G. Schulz (Müdesheim) und Karl Merk (Wiesbaden); in den Ausschuss für Verkehr Kommerzienrat Heinrich Häffner (Wiesbaden), L. D. Jung (Wiesbaden), Geh. Kommerzienrat Dr. W. Kalle (Wiebich) und Albert Klentzsch (Korb); in den Ausschuss für innere Angelegenheiten und Jahresbericht Kommerzienrat H. J. Hummel (Hochheim), L. D. Jung (Wiesbaden), Kommerzienrat Ph. Offenheimer (Ostfildern), C. G. Schulz (Müdesheim), Hugo Wagemann (Wiesbaden), Kommerzienrat Herm. Wachenborff (Ostfildern) und Jos. Stamm (Wiesbaden) gewählt.

Der Kleinhändlerausschuss setzt sich zusammen aus den Herren: L. D. Jung (Wiesbaden), Philipp Krämer (Höchst), Karl Merk (Wiesbaden), Joseph Stamm (Wiesbaden), Friedrich Biegenmeier (Hochheim), Joseph Heymann (Wiesbaden), Peter Rindshofen (Wiesbaden), A. Marx (Wiebich), Wilhelm August Oßner (Weisenheim), Karl Schwend (Wiesbaden), August Seibel (Wiesbaden) und Adolf Stuber (Höchst).

In den Wasserbeirat wurden Justizrat Dr. Häuser (Höchst) und als Delegierter zum Handelstag L. D. Jung (Wiesbaden) und Kammersekretär Dr. Merbol gewählt.

Zu Handelsrichtern wurden ernannt: Kaufmann Heinrich Buch, Fabrikdirektor Friedrich Schipper, Kaufmann Karl Reichwein, Mühlenbesitzer Sigmund Heymann, Kaufmann Adolf Jacobi, Konful Eugen Gradenwitz, Kaufmann Jakob Städt, Fabrikant Heinrich Gassen, Brauereibesitzer Oskar Eich, Rentner Wilhelm Cron, Kaufmann Ed. Moschel, Kommerzienrat Hermann Wachenborff und Kaufmann Joseph Stamm, alle in Wiesbaden, und Fabrikdirektor Hermann Hummel jun. (Hochheim).

Infolge des Todes des Kommerzienrats H. Koch ist ein neuer Vertreter der Handelskammer Wiesbaden in der Rheinisch-Westfälischen Handelskammerkommission dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Vorschlag zu bringen. Als nächstbestehendes Mitglied soll Kommerzienrat Wachenborff vorgeschlagen werden.

Der Deutsche Handelstag hält am 18. und 19. März d. J. eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen als Verhandlungsgegenstände unter anderem Reformen des gewerblichen Rechtsschutzes, das Kommunalabgabengesetz in Preußen, Beziehung von Handel und Industrie zu Regierung und Parlamenten.

Der hiesige Vorhubsverein hat die Handelskammer gebeten um Stellungnahme zu dem Vorgehen der öffentlichen Sparkassen, den Kreditinstituten, namentlich aber den Genossenschaften, den Gebrauch des Wortes „Sparkasse“ zu untersagen. Die Handelskammer hält auf Grund der Erwägungen und Ermittlungen die eingetragenen Genossenschaften für berechtigt, außer ihren Geschäftsfirmen auf ihren Geschäftsschildern, in ihren öffentlichen Ankündigungen und Plakaten die Bezeichnung „Sparkasse“ für ihre Sparanstalten zu gebrauchen. Den öffentlichen Sparkassen einen alleinigen Anspruch auf das Wort „Sparkasse“ zu schaffen, würde die jahrelang bestehende tatsächliche Benutzung des Wortes „Sparkasse“ durch die Kreditgenossenschaften entgegenstehen.

Kammermitglied Jung führte aus: Die Genossenschaften hätten fast zwei Menschenalter hindurch den Sparkassenverkehr gepflegt. Niemand habe Einspruch dagegen erhoben, bis die öffentlich-rechtlichen Sparkassen begonnen hätten, Bankgeschäfte zu machen und die Tätigkeit der Genossenschaften als Konkurrenz zu empfinden. Mißstände hätten sich nicht ergeben. Er bitte, dem vorentwickeltesten Standpunkt beizutreten. Das geschieht.

Der neue Entwurf eines Kommunalabgabengesetzes verfolgt in erster Linie den Zweck, die Einnahmequellen der Gemeinden zu erweitern. Nach dem Ergebnis der neuen Veranlagung zur Einkommensteuer infolge der Verbrauchssteuer, brauchte dies Ziel der Erweiterung nicht mehr so weit gesteckt zu werden, wie es in dem Entwurf geschieht. Besonderen Widerspruch muß die Kammer erheben gegen die Bestimmungen in den §§ 25 und 35. Die neue Heranziehung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung zur Gemeindefinanzierung erscheint der Handelskammer ebenso ungerecht wie die bereits bestehende Heranziehung der Aktiengesellschaften zur Gemeindefinanzierung.

In diesem Sinne soll eine Eingabe an den Landtag gerichtet werden. In Wiesbaden ist die Hilfssteuerordnung vom Bezirksausschuß abgelehnt worden. Zurzeit liegt sie dem Provinzialausschuß vor. Zu der Sache äußern sich die Kammermitglieder Krämer (Höchst) und Köller (Wiebich).

Der Kassener Verkehrsverein hat die inzwischen vollzogene Gründung eines Kassatischen Verkehrsverbands angeregt, um alle Kräfte in Gemeindeverwaltungen und sonstigen Kommunalverbänden sowie Vereinen

zusammenzufassen, um Freunde und Ansiedler nach dem Regierungsbezirk Wiesbaden zu ziehen. Der Verkehrsverband verfolgt ein sehr nützliches Ziel. Die Handelskammer wird im Interesse ihres Bezirks, der an dem Fremdenverkehr des Regierungsbezirks einen Hauptanteil hat, gut tun, sich dem Verein anzuschließen. Vor 10 Jahren hat die Handelskammer selbst einen Fremdenverkehrsverein für den Regierungsbezirk Wiesbaden angeregt, dessen Gründung in letzter Stunde, trotz der warmen Fürsprache des damaligen Stadtverordneten Kalkbrenner, an der Gleichgültigkeit, ja an dem direkten Widerspruch von Beamten der Stadt Wiesbaden gescheitert ist. Wäre damals der Kassatische Verkehrsverein zustande gekommen, dann hätte damals Wiesbaden die Führung erhalten, die heute Frankfurt zugefallen ist.

Der Kassatische Verein Wiesbaden hatte sich im Dezember 1913 an die Handelskammer mit dem Ersuchen gewandt, die Handelskammer möge den jährlichen Zuschuß von 200 M., den die Handelskammer dem Verein für Laufmännliche Stellenvermittlung bewilligt habe, zurückziehen. Auf ein Ersuchen der Handelskammer, die Tatsachen anzugeben, welche dem Verein zu seinen Behauptungen Veranlassung gegeben, hat der Verein erwidert, daß er in der räumlichen Trennung der Zugänge zu der Stellenvermittlung der Kaufleute und der Kellner usw. keine Trennung der Arbeitsnachweise erblicken könne, da doch dasselbe Arbeitsamt die Stellenvermittlung für beide ausübe. Dadurch, daß die anderen Hilfsverbände sich dem städtischen Arbeitsnachweis gegenüber ablehnend verhalten, haben nur die unterstützenden Verbände Vorteil von dem Arbeitsnachweis.

Rennklub Wiesbaden.

g. Wiesbaden, 27. Februar.

Der „Rennklub Wiesbaden, E. V.“, der jetzt in sein 5. Betriebsjahr eingetreten ist, hielt gestern Abend im „Hotel Metropole“ seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Den Hauptteil der Verhandlungen bildete der Jahresbericht für 1913, welchen der erste Vorsitzende Stadtrat C. Kalkbrenner in ausführlicher Weise erstattete. Nach seinen Ausführungen kann der Klub auf die Erfolge des 4. Betriebsjahres des Rennklubs Wiesbaden mit Befriedigung zurückblicken. Wenn auch die glänzenden Einnahmen der Eröffnungsjahre 1910 und 1911 nicht erreicht werden, beweist doch eine aufgestellte Statistik, daß die Wiesbadener Rennen in bezug auf Sport, Besuch und Einnahmen sich günstig im Vergleich mit den großen Rennbahnen Deutschlands stellen können. Die beispiellosen Erfolge der Wiesbadener Rennen in den Eröffnungsjahren werden dann wieder eintreten, wenn die allgemeine wirtschaftliche Konjunktur sich gebessert hat und wenn wir die in den ersten vier Jahren gemachten Erfahrungen nützlich verwerthen. Der Vertrag mit dem „Verein für Hindernisrennen“ in Berlin läuft mit diesem Jahre ab. Der Klub wird sich ab 1915 vollständig auf eigene Füße stellen müssen, und es ist für die Zukunft zu hoffen, daß dies erfolgreich durchgeführt werden kann. Im Einverständnis mit dem „Verein für Hindernisrennen“ wird schon in dem laufenden Jahre im Rennbetrieb ziemlich selbstständig gearbeitet werden. Zu diesem Zweck ist eine tüchtige technische Kraft in Leutnant a. D. Bengel verpflichtet worden. Der Ausbau der Rennbahn und alle Betriebseinrichtungen kann als vollendet bezeichnet werden. Die außerordentlich großen Aufwendungen der ersten Jahre werden für die Zukunft nicht mehr notwendig sein. Die Betriebskosten des Totalisators waren im vergangenen Jahre erheblich geringer als früher, und diese Besserung wird im laufenden Jahre noch mehr in die Erscheinung treten. Der Betrieb der Wettannahmestelle hat sich erweitert. Durch die Anstellung einer technischen Hilfskraft ist der Klub in der Lage, die Propositionen, ganz dem Interesse der Wiesbadener Rennen entsprechend, festzulegen und die besten Beziehungen zu Rennstallbesitzern, Herrenreitern und Trainern zu unterhalten. Im abgelaufenen Jahre wurden 4 Meetings, 8 zu 2 Tagen und 1 Meeting zu 3 Tagen abgehalten. Außer einer großen Zahl wertvoller Ehrenpreise wurden an Geldpreisen 1913 gegeben im ganzen die Summe von 241 500 M. Von diesen Preisen entfielen auf Flachrennen 107 910 M., auf Jagdrennen 105 700 M., auf Hindernisrennen 37 900 M. Die Rennen bestanden aus 7 Flachrennen für Herren, 16 Flachrennen für Jockeys, 10 Hürdenrennen für Jockeys, 14 Jagdrennen für Herren, 16 Jagdrennen für Jockeys. Genannt wurden 1851 Pferde, davon liefen 403 Pferde, mithin durchschnittlich an einem Rennstag 45 Pferde. Die für das laufende Jahr festgesetzten Termine sind: Frühjahrs-Meeting: 14. und 16. April; Mai-Meeting: 24. und 26. Mai; Sommer-Meeting: 12. und 14. Juli; Herbst-Meeting: 18., 20. und 22. September. Diese Termine versprechen, da sie günstig gelegen sind, guten Erfolg. Die Verkehrsverhältnisse für den Besuch des Rennplatzes sind noch außerordentlich ungünstig. Das Bestreben geht dahin, eine direkte Verbindung des Rennplatzes durch die elektrische Bahn und die Staatsbahn zu erhalten. Der Vorstand hat sich überzeugt, daß für den gesellschaftlichen Verkehr der Klubmitglieder mit den Besuchern der Rennen mehr wie bisher gesorgt werden muß. Diesbezügliche Vorbereitungen lassen auch hier guten Erfolg erwarten. Bei Inbetriebnahme der Rennen 1910 hatte der „Rennklub“ ca. 200 000 M. ungetilgte, jetzt aber bezahlte Schulden. Außerdem mußten ca. 88 600 M. aufgewendet werden für weitere Verbesserungen und Einrichtungen. Es ist anzustreben, daß der Bankrott beseitigt und die Finanzen des Klubs durch Vereinfachung flüssiger Mittel gestärkt werden. Die Einnahmen des „Rennklubs“ und die bisher erzielten Gewinne sind als durchaus günstige zu bezeichnen. Wenn auch dem „Verein für Hindernisrennen“ ein kleines Betriebsdefizit entstanden ist, welches nach Schluß des Jahres gedeckt werden muß, so ist doch zu hoffen, daß durch weitere günstige Einnahmen des „Rennklubs“ dieses Betriebsdefizit durch die Überschüsse des „Rennklubs“ getilgt werden kann, ohne daß der zur Verfügung stehende Garantiefonds in Anspruch genommen werden muß. Mit dem kommenden Jahre beginnt, so schloß Herr Stadtrat Kalkbrenner seine Ausführungen, eine neue Epoche der Wiesbadener Rennen, da alsdann der Vorstand unseres Klubs nicht allein die Verwaltung, sondern auch den Betrieb der Rennbahn in eigene Hand nehmen muß. Die Intelligenz der Wiesbadener Bürgererschaft hat sich vielfach bemüht, und so habe ich das Vertrauen, daß dieselbe auch dazu beitragen wird, die Wiesbadener Rennen auf die beabsichtigte Höhe zu

bringen. Wiesbaden in Front auf jedem Gebiet, und so auch in bezug auf den edlen Pferdesport. Der Kassener Bericht, den der Kassener Bankier Dr. F. Verlé erstattete, gibt einen Überblick über die Vermögensverhältnisse des Klubs. Nach der Bilanz ist für das Jahr 1913 ein Defizit von ganzen 40 M. zu berücksichtigen, während im Vorjahr ein Gewinn von 3000 M. veranlagt werden konnte. Ein Generalüberblick über die letzten vier Jahre seit Eröffnung der Rennbahn bringt jedoch für diese Zeit einen Gesamtgewinn von 80 000 M., von denen 30 000 M. zurückgestellt wurden. Im Hypothekenskonto stehen an erster Stelle 500 000 M., an zweiter Stelle 400 000 M., das Anteilschuldkonto beträgt 385 700 M., das Rennbahnbankkonto 418 497 M. und das Grundbesitzkonto 777 500 M. Für Mitgliederbeiträge und Zinsen gingen 22 000 M., für Pachten und Training 12 300 M., für das Wettbureau 18 320 M. und aus den Betriebsergebnissen des „Vereins für Hindernisrennen“ (15 Prozent) 41 000 M. ein. Der „Verein für Hindernisrennen“ konnte im Vorjahr infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse nur im Herbstmeeting mit einem Überschuß arbeiten. Während der übrigen Rennen blieb ein Defizit von nicht ganz 20 000 M., das im Laufe dieses Jahres aus den Betriebsergebnissen gedeckt werden dürfte, so daß die Garantiezeichner nicht herangezogen werden. Kassenerbericht und Jahresbericht wurden ohne Debatte genehmigt. Bei der Ergänzungswahl des Schiedsgerichts wurde an Stelle des freiwillig auscheidenden Grafen Schilling-Kerfentrod der bekannte Rennstallbesitzer und Herrenreiter Dr. Riese gewählt. Der Vorsitzende wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß der Klub für das nächste Jahr eine technische Kommission zu bilden hat, für die schon jetzt Unterhandlungen mit einer Reihe namhafter Fachmänner gepflogen werden. Bei den zu wählenden zum Vorstand wurden die Herren Geh. Kommerzienrat Vorkling, Dr. F. Verlé, Beigeordneter Vorkling, Stadtrat C. Kalkbrenner, Graf v. Merenberg, Herr A. Petitjean, General v. Schmidt-Pauls, Stadtverordneter Schweisguth, Justizrat Siebert, Kommerzienrat Soehnlein-Babitz und Stadtverordneter H. Wolff einstimmig wiedergewählt.

Neues aus aller Welt.

Die Explosion in Berlin-Kummelsburg.

Eine Erklärung der Gesellschaft.

Berlin, 26. Febr. Die Aktiengesellschaft für Anilin-fabrikation teilt mit: Durch eine heute vormittag in unserer Kummelsburger Fabrik erfolgte Explosion eines Nitrogensäures wurde die Nitrobenzolfabrik zerstört. Sechs Mann fielen der Explosion zum Opfer, darunter ein Ingenieur und drei Meister. Die Schwerverletzten sollen sich außer Lebensgefahr befinden.

Die Wirkung der Explosion.

Berlin, 26. Febr. Die Explosion war so stark, daß im Umkreise von einem Kilometer die Fensterheben und Spiegel zertrümmert. Gegen 2 Uhr war die Gefahr auf der Anlagenspitze beseitigt, so daß die Feuerwehren abrückten, außer der Hüttenberger, die noch abblähte. Der Fabriksbetrieb ruht. Er dürfte morgen wieder beginnen. Die Gesellschaftskommission ist einetroffen, um die Ursache der Explosion festzustellen. Es soll Entladung des Nitrobenzols vorliegen, der von dem seit 30 Jahren in der Fabrik beschäftigten Meister Kollmann aus Charlottenburg bedient wurde. Dieser wurde getötet. Ein schwerer letzter Arbeiter starb, als er flüchtete, in die Erde und wurde als Leiche geborgen.

Auswirkungen über die Ursache.

Berlin, 26. Febr. Über die Entstehung der Explosion, meldet der „Berl. Vol.-Anz.“: In der Nitrobenzolfabrik, einem isolierten Gebäude hinten auf dem Gelände, wurde heute vormittag ein offener Hüttenofen aufgestellt, den der erste Ingenieur Moesch, der bei dem Unfall ebenfalls umkam, prüfen und abnehmen sollte. Kurz vor 11 Uhr erfolgte eine furchtbare Detonation. Die Nitrobenzolfabrik wurde total demoliert. Aus dem Chaos schossen Plannissen und entzündeten die Trümmerhaufen. Mithin wurde aus dem offenen Hüttenofen Funken in den neuen Hüttenofen geflogen, setzten diesen in Brand und führten die Explosion herbei.

Berlin, 27. Febr. Auf der Stätte des Explosionsunglücks in Kummelsburg war die Feuerwehre gestern noch bis in die Nacht hinein tätig. Über 1000 Kilo Benzol und Nitrobenzol sind verbrannt. In später Abendstunden wurde noch ein Ingenieur unter den Trümmern gefunden, zwei weitere Arbeiter werden noch vermisst, so daß sich die Gesamtzahl der Toten möglicherweise auf 13 erhöhen kann. Wie die „Voss. Ztg.“ hört, richtete der Kaiser ein Beileidstelegramm an die Direktion der Fabrik. Nach der Ansicht des Gewerbe-Ingenieurs kann die Schuld an dem Unglück kaum dem neuen Hüttenofen zugeworfen werden. Vermutlich sei einer der anderen Hüttenofen unrichtig geworden und habe die Nitrobenzolfabrik verunreinigt. Die Gewalt des Explosions war so stark, daß Arbeiter, die sich mehrere hundert Meter von der Fabrik entfernt aufhielten, umgeworfen wurden.

Aus Furcht vor einem Bettler aus dem Fenster gesprungen.

Berlin, 27. Febr. Der in der Wohnung eines Arbeiters in Altesbühl allein befindliche Sohn sah, als ein Bettler an der Tür klopfte, letztere zu. Der Bettler klopfte noch einmal, bevor der Kopf und Torso aus dem ersten Stockwerk in den Hof hinab, wo er mit schweren Verletzungen liegen blieb.

Die Gefahr des elektrischen Stromes. 26. Febr. Bei der Reparatur der Leitung der elektrischen Lokalbahn Borsdorf-Berlin-Borsdorf kam die Leitung mit einem Eisenstift in Berührung. Der starke elektrische Strom durchschlug sieben Arbeiter, von denen einer sofort getötet und sechs schwer verletzt wurden. Man arbeitet an ihrem Auskommen.

Eine Zentrale für Mädchenhandel. 26. Febr. Im Zusammenhang mit der Mädchenhändler-Affäre in Moskau wurden hier zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. 25 des Mädchenhandels verdächtige Personen wurden verhaftet. Kurz vorher hatte die Polizei 19 Personen festgenommen. Man spricht davon, daß Sowjettown eine Zentrale für Mädchenhandel im Westen Russlands bilden soll.

Kampf zwischen Fremdenlegationären und Mäulern. 26. Febr. Wie aus Saigon hierher gemeldet wird, hat zwischen einer Abteilung von Fremdenlegations- und Mäulern an der indochinesischen Grenze ein heftiger Kampf stattgefunden. Die Legionäre waren gesiegt. Die Mäuler sind geflohen. Die Legionäre waren gesiegt. Die Mäuler sind geflohen. Die Legionäre waren gesiegt. Die Mäuler sind geflohen.

Ein Gefangenentrost. 26. Febr. Im Gefangenentrost zu Montreal ist ein großer Brand ausgebrochen. Acht Gefangene wurden als Leichen aufgefunden. Das Feuer wüthet mit großer Heftigkeit fort.

Verein der Künstler u. Kunstfreunde Wiesbaden (E. V.)

Montag, den 2. März 1914:

im Saale des Zivil-Kasinos, Friedrichstraße 22:

Neuntes Konzert für 1913/14.

Fraulein **Hertha Dehmlow** (Gesang)
und
Fraulein **Elisabeth Bokemeyer** (Klavier)
aus Berlin.

Vortragsfolge:

- | | |
|------------------------------------|-----------------|
| 1. Fantasie op. 15 | Fr. Schubert. |
| 2. a) Ganymed | |
| b) Der Tod und das Mädchen | R. Schumann. |
| c) Der Knabe mit dem Wunderhorn | |
| d) Frühlingsnacht | |
| 3. a) Bolero | Fr. Chopin. |
| b) Nocturno | |
| c) Liebestraum | Fr. Liszt. |
| d) Jagetude | Paganini-Liszt. |
| 4. a) Der Genesene an die Hoffnung | |
| b) Begegnung | Hugo Wolff. |
| c) Liebesglück | |
| d) Marche grotesque | Chr. Sinding. |
| e) Nachtfalter-Caprice | Strauß-Taussig. |
| f) Japanisches Regenglied | Josef Marx. |
| g) Zueignung | |
| h) Ich liebe Dich | Rich. Strauß. |
| i) Wenn.... | |

Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr.

Die Türen werden um 7 1/2 Uhr geschlossen und nur in den Pausen wieder geöffnet.

Konzert-Flügel C. Bechstein, Alleinverreter: Ernst Schellenberg, Große Burgstraße 14. F356

Numerierte Plätze in beschränkter Zahl zu 5 Mk. sind bis nachmittags 5 Uhr des betr. Konzerttages bei Moritz & Münzel, Wilhelmstraße 58, in der Musikalienhandlung Hch. Wolff, Wilhelmstraße 16, sowie abends beim Hausmeister im Kasino zu haben. Der Vorstand.

Dienstag, den 3. März, abends 8 Uhr,

im großen Saale der „Wartburg“,

zur Feier ihres 10jähr. Jubiläums als Gesangspädagogin:

Fest-Konzert

(Mitwirkende 12 Schüler),

veranstaltet von Frau Gussy Hloff.

Am Flügel: Fräulein M. Lene.

Programm: Prolog, Terzette, Duette, Lieder, Opern-Arien, Balladen und Lieder zur Laute.

Billets in sämtl. Musikalienhandl. zu 30 Pf., 50 Pf. u. 1 Mk.

Wiesbadener Männergesang-Verein.

E. V.

Donnerstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der „Wartburg“:

II. Vereinskonzert.

Wiesbadener Militär-Verein

Eingetr. Verein

Gegründet 1884.

Samstag, den 28. Februar, abends 9 Uhr, im Vereinsheim, Heleneustraße 27, F410

Lichtbilder-Vortrag.

Kostproben von Maggi u. Zubrot werden kostenlos verabreicht.
Der Vorstand.

Kaufmännischer Verein Wiesbaden. E. V.

Mittwoch, den 4. März 1914, abends 8 1/2 Uhr,
im Festsaal der Turngesellschaft, Schwalbacher Str. 8:

Vortrag

des Herrn Dr. Bruno Wille,

Schriftsteller und Dozent an der Freien Hochschule in Berlin:

„Was bedeuten Schicksal, Zufall, Willensfreiheit?“

Saalplatz 1 Mk., vorbehaltene Plätze 2 Mk.

Karten zu 1 Mk. sind zu haben bei den Herren: Walther Seidel, Wilhelmstraße 58, Ed. Moeckel (Inh. d. Fa. Ed. Freund jr.), Langgasse 24, Carl Werner, Bismarckring 2, H. Schellenberg'sche Buchhandlung (Inh. Phil. Brand), Kirchgasse 1, Carl Cassel, Kirchgasse 54, und Ernst Kuhlmann, Wilhelmstraße 34.

Karten für vorbehaltene Plätze zu 2 Mk. nur bei Herrn Walther Seidel, Wilhelmstraße 58.

Wir bitten unsere verehrlichen Mitglieder und Abonnenten frühzeitig erscheinen zu wollen. F402



MÖBEL

Kompl. Einrichtungen

Einzelne Möbel,

Teppiche, Betten usw.

Herren- u. Damen-

Konfektion

zu billigen Preisen auf

Kredit.

S. Buchdahl

Wiesbaden,

4 Bärensstraße 4

Herderstraße 6.

Prima Rindfleisch

das Pfd. 66 Pf.

Herderstraße 6.

!!3 Ausnahmestage!!

Jedes Pfund Rindfleisch nur 60 Pf.
Häfte und Roastbeef nur 66 Pf.
Jedes Pfund Kalbfleisch nur 70 Pf.
Kalbs-Ragout per Pfund 65 Pf.
Kalbsfleisch v. Knochen Nr. 1-1.10.
In Schweinebraten, mag. Pfd. 75 Pf.
Rager Bauchlappen Pfd. 70 Pf.
Rotelette, geschritten, Pfd. 90 Pf.
Schmalzfleisch per Pfd. 70-80 Pf.
Kalbfleisch frisch Pfd. 60 Pf.
Schones ganzes Schmalz Pfd. 80 Pf.
Metz- und Fleischwurst Pfd. 70 Pf.
Veränderter Breckhoff Pfd. 80 Pf.
Schöne Herz-Rotelette 20-25 Pf.

Wegerei Hirsch.

61 Schwalbacher Straße 61.

Großer

Gleich-Abschlag!!

Kalbfleisch zum Braten 80 Pf.
Kalbfleisch zu Ragout 75 Pf.
Schweinefleisch, Schinken 85 Pf.
Kammfleisch 90 Pf.
Rotelettefleisch 100 Pf.
Bauchlappen 80 Pf.
Reines ausgel. Schmalz 80 Pf.

Wegerei Jean Bill,

Scharnhorststraße 7.

29 Bleichstraße 29.

Rindfleisch

alle Stücke . . . per Pfd. nur 60 Pf.
Kalbfleisch . . . per Pfd. 70 u. 75 Pf.
In Schweinebraten, mag. v. Pfd. 80
Kammfleisch . . . per Pfd. 85 Pf.
Rotelette, geschritten, per Pfd. 1 Mk.
Kalbfleisch, frisch, v. Pfd. 70 Pf.
Wegerei Adam Schmitt,
29 Bleichstraße 29.

Deutscher Wehrverein.

Ortsgruppe Wiesbaden.

Einladung

zum Vortrage des Oberst Spillater (Wiesbaden) über: „Corfu, der Friedensaufenthalt unseres Kaisers“, mit Lichtbildern, am Sonnabend, den 28. Februar 1914, um 8 1/2 Uhr, abends im Restaurant „Wartburg“, Schwalbacher Straße 51. Bei Bier und Zigarren. F519

Gäste, besonders auch Damen, herzlich willkommen.
Eintritt frei.

Wiesbadener Gesellschaft der Friedensfreunde. Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur (Abteilung Wiesbaden).

Montag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale der Loge Plato (Friedrichstraße):

Öffentlicher Vortrag.

Referent: Herr Professor Weinert, Jena.

„Schafft der Krieg sittliche Werte?“

Letzter Vortrag aus dem Zyklus „Der Krieg“.

Eintrittskarten: Reserviert 50 Pf., nichtreserviert 20 Pf.

Freie Aussprache. F519

Sonntag, den 1. März 1914, abends 8 1/2 Uhr,

findet im Festsaale der „Loge Plato“, Friedrichstraße 35,
eine

Öffentliche Versammlung

statt. Es werden sprechen:

Herr Dr. Goldberg (Berlin) über

„Die Wahrheit über den Sprachenkampf
in Palästina“.

Herr Dr. med. Prager (Cassel) über

„Der Zionismus und die deutschen Juden“.

Gäste, Damen und Herren, willkommen. Eintritt frei.

Zionistische Ortsgruppe, Wiesbaden. F591

Wiesbadener Beamten-Verein.

Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Wartburg“:

Hauptversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht;
2. Kassenbericht;
3. Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung
des Vorstandes;
4. Ergänzungswahl des Vorstandes.

Der Vorstand. F328

Prima junge Gänse

à Pfund 70 Pf.

Gänse: 1. 0.70.
Gänsebrust Pfd. 0.70.
Rehtente und Hirsch-
ente Pfd. 1.00. Suppenhühner 1.80
bis 2 Mk. Bontarden 2.50, extra schön
u. groß, prima Rehagout Pfd. 45-50,
prima Hühner-Ragout mit Lebern
Pfd. 40 Pf.

Nur Scharnhorststr. 3.



Junger Hirsch

im Auschnitt.

Jac. Häfner,

Wild- und Geflügelhandlung,

Marktplatz 1.

Telephon 111.

Gute u. sehr preiswerte Lebensmittel!

Linsen, schön grün Pfd. 23 u. 18 „
Erbsen, geschälte, halbe Pfd. 19 „
Erbsen, geschälte, ganze „ 24 „
Erbsen, gelbe u. grüne m. Schale 18 „
Bohnen, weiße . . . Pfd. 20 u. 18 „
Bohnen, bunte . . . Pfd. 22 „
Reiser-Weizengries . . . „ 20 „
Gelber Hartgries Pfd. 24 u. 22 „
Saferflocken Ia . . . Pfd. 22 „
Grünkern, ganz u. gemahl. „ 31 „
Tafel-Reis . Pfd. 23, 20 u. 18 „
Suppengrütze „ 20, 18 u. 16 „
Ia Hausmacher-Nudeln Pfd. 29 „
Ia Hausmacher-Eiernudeln „ 39 „
Ia Stangen-Maccaroni „ 29 „

Bosnische Pflanzen Pfd. 39 u. 32 „
Amerikanische Ringäpfel Pfd. 53 „
Kalifornische Pflirsche . . . „ 50 „
Kalifornische Birnen . . . „ 65 „
Kalifornische Aprikosen „ 80 „
Mischobst i. schön. Ware Pfd. 41 u. 33 „
Latwerg Pfd. 23 „
Apfelgelee, verflüss. . . „ 30 „
Zwetschen-Konfitüre . . . „ 35 „
Aprikosenmarmelade . . . „ 47 „
Erdbeermarmelade . . . „ 47 „
Schnittbohnen, ig., 2-Pfd.-Dose 32 „
Brockbohnen „ „ 32 „
Gemüse-Erbsen „ „ 39 „
Junge Erbsen „ „ 49 „

zu haben in allen Verkaufsstellen von

Adolf Harth.